

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Jens Nydahl</i> Zehn Jahre Grenzfriedensbund	3
<i>Wilhelm Käber</i> Die ersten Jahre des Landes Schleswig-Holstein.....	8
<i>Hans Fr. Schütt</i> Ripen 1460 —1960	12
<i>Zwei literarische Zeugnisse</i> Aus friedlichen Zeiten (um 1805)	20
Aus unruhigen Zeiten (1848)	21
<i>Hans Peter Johannsen</i> Kultur in Schleswig-Holstein	24
<i>Hans R. Kreplin</i> Die Entwicklung der wirtschaftlichen Standorte Schleswig-Holsteins	28
<i>Walter Lurgenstein</i> Die soziale Aufgabe und Leistung des Grenzfriedensbundes	35
Umschau ab Seite 38	

Deutsch-dänische Begegnungen

- 1952 11.–20. August / Deutsch-dänische pädagogische Tagung in der Pädagogischen Hochschule in Flensburg-Mürwik. „Europäische Kultur- und Bildungsaufgaben der Gegenwart“.
- 1954 2.–7. Juli / Deutsch-dänische Woche in der Heimvolkshochschule Rendsburg: „Grenzlandprobleme“.
- 1956 23.–28. Juli / Deutsch-dänische Begegnung im Haus Weltklub in Kiel: „Das Schulwesen in den gemischtsprachigen Gebieten Mitteleuropas“.
- 1958 3.–4. Mai / Begegnung mit dem Arbeiterbildungsverein in Tondern: Besichtigungsfahrt über Heide (Erdölwerke), Brunsbüttelkoog (Schleusenanlagen) nach Hamburg (Hafenrundfahrt, Elbtunnel) zur Bundesschule Hochkamp des DGB, mit Vortrag und Aussprache.
- 1959 3.–5. Juli / Deutsch-dänische Begegnung in der Grenzakademie Sankelmark: „Aktuelle Jugendfragen“.
9.–11. Oktober / Begegnung von deutschen und dänischen Pädagogen im Deutschen Haus in Flensburg.

Dänisch-deutsche Begegnungen

- 1951 Mellemfolkeligt Samvirke: Vorträge vor Südschleswigstudenten in Kopenhagen und in Hamburg (Jugend-Europa-Haus).
- 1952 Mellemfolkeligt Samvirke: Deutsche und dänische Studenten: „Friedensfrage“, in Jarplund.
- 1952 Aarhus Studenterforeningen, Universität Aarhus: „Minderheitenprobleme“.
- 1953 Deutsch-dänische Tagung in Hong auf Seeland.
- 1954 Rundgespräch des 1. Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes mit dänischen Partnern in der Volkshochschule Rødding.
- 1955 Mellemfolkeligt Samvirke und Grænseforeningen: Deutsch-dänische Woche in Magieaas: „Erörterung gemeinsamer Probleme“.
- 1956 3.–8. August / Danebod-Volkshochschule auf Alsen: „Erörterung der nordischen Minderheitenprobleme“.
- 1957 5.–6. Mai / Arbeiterbildungsverein Tondern: Besichtigungen in Tondern und Esbjerg mit Vorträgen über die dänische Sozialgesetzgebung und das Volkshochschulwesen.
- 1959 Tagung der Grænseforeningen in der Volkshochschule Jarplund.
14.—15. November / Arbeiterbildungsverein Tondern: „Gewerbliche Entwicklung im Grenzland“, mit Besichtigungen.

Über fast alle hier genannten Tagungen ist zunächst in den „Grenzfriedensbriefen“ und seit dem Erscheinen der „Grenzfriedenshefte“ in diesen meist in sehr ausführlicher Form berichtet worden.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für jährlich 1,88 DM zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 2,- DM). Ausgabe A nur über die Geschäftsstelle zu bestellen. Bezugspreis im Jahr 88 Pf. zuzügl. Zustellgebühren (zusammen 1,— DM). Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Straße 9 Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe GmbH., Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

ZEHN JAHRE GRENZFRIEDENSBUND

Zehn Jahre — eine kurze Zeitspanne, aber reich an Ereignissen, wie kaum ein Jahrzehnt zuvor.

Die politischen Spannungen zwischen Ost und West sind noch nicht gemildert, und fünfzehn Jahre nach Kriegsende ist es noch nicht zu einem Friedensschluß gekommen. Kaum einer hätte zu prophezeien gewagt, die deutsche Republik erlebe trotz aller Kriegsschäden, trotz aller Kriegsschulden und trotz der großen sozialen Verpflichtungen einen nie geahnten wirtschaftlichen Aufschwung. Die Welt sprach von einem deutschen Wirtschaftswunder.

Unser Grenzland hat an den Segnungen dieses Wirtschaftswunders nicht in zureichendem Maße Anteil gehabt. Unter allen Bundesländern hatte es die höchste Arbeitslosenziffer. Und trotz aller Bemühungen zum Ansatz gewerblicher Betriebe sind die Notstände nicht behoben. Darum hat sich auch an dem Gefälle vom Norden nach dem Süden nicht viel geändert. Es ist darum auch verständlich, daß die dänische Bewegung ihren stärksten Zuwachs aus den unbemittelten Kreisen unserer Bevölkerung erzielte. Die nationale Haltung vieler Familien wurde dadurch stark beeinflusst. Daß in vielen Fällen auch andere Beweggründe vorlagen, sei ausdrücklich erwähnt.

Diese Tatsache gab den Anstoß zur Gründung einer neuen deutschen Grenzorganisation. Die bestehenden Vereine hatten im wesentlichen nur sogenannte bürgerliche Kreise erfaßt, nicht diejenigen, die in sozialer Hinsicht zu den Schwächsten gehörten und, wie Detlev Hansen sagte, auf der Schattenseite des Lebens stehen. Auch sie mußten für den Bestand des Deutschtums im Grenzgebiet in der Auseinandersetzung mit der lawinenhaft angeschwollenen dänischen Bewegung erfaßt werden. Wir mußten, um diese Aufgabe in Angriff nehmen zu können, uns an die Organe der Arbeiterschaft, vertreten durch Gewerkschaften und Arbeiter-Wohlfahrt, wenden. Auf eine Tradition konnten wir nicht zurückblicken und konnten sie nach der Geschichte der letzten Jahrzehnte

nicht haben. Die neue Zeit stellte uns vor neue Aufgaben. Allen restaurativen Kräften mußten wir entgegentreten. Diese Haltung bedeutete zugleich eine Stellungnahme zu der auf dänischer Seite auftretenden Auffassung, im Grenzkampf sich auf historische Grundlagen zu berufen.

Das war zugleich eine Kampfansage gegen alle diejenigen, die an dem Ewiggestrigen festhalten. Professor Rein sagte vor kurzem auf einer Tagung in Sankelmark: „Wenn man sich an die Vergangenheit hält, dominieren die restaurativ-konservativen, letztlich lebensfeindlichen Tendenzen und ersticken die neuschöpferisch gestaltenden Kräfte.“ Damit soll nicht der Wert einer historischen Betrachtungsweise völlig negiert werden. Wo Ereignisse von besonderer Bedeutung eine so nachhaltige Wirkung ausüben, daß sie in der Gegenwart noch im Volke lebendig sind, werden sie auf die Gestaltung der Zukunft ihren Einfluß ausüben.

Damit war unserer Arbeit ein doppeltes Ziel gesetzt, erstens die Gewinnung der Arbeiterschaft für unsere Grenzaufgabe und zweitens der Versuch, mit Vertretern unseres Nachbarvolkes Fühlung aufzunehmen, um mit ihnen den Gedanken einer Verständigung in europäischem Sinne zu erörtern.

Ich darf feststellen, daß ich den ersten Anstoß zur Gründung des Grenzfriedensbundes gegeben habe. Es war aber Detlev Hansen, der dem Kinde den Namen gab. Er übernahm, mit kleinen Abänderungen, den Namen des im November 1909 von Pastor Schmidt-Wodder gegründeten Friedensvereins.

Mit der Neugründung trat damit ein vierter deutscher Verein in der Grenzpolitik auf den Plan, der in einem Rundschreiben als Ziel und Aufgabe folgendes festlegte:

„Der Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande will in europäischem Geiste deutsche Kultur im Grenzlande pflegen, ein friedliches Nebeneinander von dänischem und deutschem Volkstum pflegen und zur Verständigung mit dem dänischen Nachbarvolke einen Beitrag leisten.

Als deutsche Friedensarbeit betrachtet er den Ausbau des deutschen Kulturwesens auf beiden Seiten der Grenze. Er denkt dabei an Schulen, Kindergärten, Jugendarbeit, Sport, Ferienlager, Volkshochschulen, Musik, Theater, Laienspiel, Schul- und Wanderfahrten und ähnliche Veranstaltungen und Einrichtungen.

Als seine Aufgabe betrachtet er vor allen Dingen die Unterstützung derjenigen Bevölkerungskreise, die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen an den deutschen Kulturgütern bisher keinen vollen Anteil haben konnten. Da Unterstützungen auf die Dauer keine wirksame Sicherung bieten, hält der Bund allgemeine Dauerarbeit für unerlässlich.

Der Grenzfriedensbund steht auf dem Boden der Kieler Erklärung und

gesteht jedem deutschen Staatsbürger das Recht zu, sich zur dänischen Minderheit zu bekennen und dänisches Volkstum zu pflegen. Der Grenzfriedensbund glaubt eine Verständigung mit gleichgesinnten Kreisen des dänischen Volkes erreichen zu können. Er erstrebt deshalb nicht nur ein nachbarliches Gespräch mit dänischgesinnten Südschleswigern, sondern auch mit Vertretern des dänischen Volkes nördlich der Grenze. Er veranstaltet Vorträge, Fahrten und Tagungen für deutsch- bewußte Kreise, aber auch solche, zu denen Angehörige beider Nationen geladen werden.“

Es ist verständlich, daß die drei bestehenden Grenzorganisationen der neuen recht kritisch gegenüberstanden und ihr in ihrer Entwicklung erhebliche Schwierigkeiten bereiteten, sowohl bei der Verteilung der Mittel als auch bei der Aufteilung der Arbeitsgebiete. Ein Jahr vor unserer Gründung hatte Ministerpräsident Diekmann in einer Besprechung mit den bestehenden Grenzorganisationen die Verteilung der Aufgabengebiete festgelegt und auch die für Grenzaufgaben vorhandenen Mittel zur Verfügung gestellt. Wir waren ein Jahr zu spät gekommen. Die auf getretenen Differenzen sind aber im Laufe der Jahre beigelegt worden, die Gemeinsamkeit der Arbeit hat uns näher zusammengeführt und ein vertrauensvolles Verhältnis entstehen lassen.

Für die praktische Durchführung unserer Aufgaben nahmen wir die Verbindung mit den gewerkschaftlichen und sozialen Organisationen auf und veranstalteten in allen Städten und vielen Dörfern des schleswigschen Grenzlandes Vortragsabende. Bei diesen Veranstaltungen wurden im wesentlichen Tages- und Grenzfragen erörtert. Als Themen seien folgende genannt: Die wirtschaftliche Lage des Grenzlandes, Soziale Fürsorge in Dänemark und Deutschland, Mitarbeit der Bürger in der Gemeindeverwaltung, Etatsfragen im Haushalt und in der Gemeinde, Die Schule der Demokratie. Als Vortragende stellten sich sowohl dänische als auch deutsche Sachkenner zur Verfügung, darunter Universitätsprofessoren, kommunale Verwaltungsbeamte, Landtagsabgeordnete und Gewerkschaftler. Der starke Besuch der Veranstaltungen bewies, daß wir damit einem wirklichen Bedürfnis entsprachen.

In der sozialen Betreuungsarbeit, über die in einem besonderen Artikel berichtet wird, sind wir von Lehrervereinen und der Arbeiter-Wohlfahrt tatkräftig unterstützt worden. Der Wert dieser Zusammenarbeit ist vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen ausdrücklich anerkannt worden.

Schon früh nahmen wir die Verbindung mit verständigungsbereiten Persönlichkeiten in Dänemark auf; von Jahr zu Jahr wurden gemeinsame Tagungen durchgeführt. Die Wahl der Sprache beim Vortrag wie in der Aussprache war jedem einzelnen überlassen. Es war und konnte nicht unsere Absicht sein, aus solchen Begegnungen Verbrüderungsfeste zu machen, wohl

aber erwarteten wir eine tolerante Haltung jedes einzelnen gegenüber dem Andersdenkenden. Mit Befriedigung dürfen wir feststellen, daß in der Fortführung dieser Begegnungen auf beiden Seiten der Wille zu einer Verständigung sich kundtat. Darüber hinaus sind manche freundschaftliche Bande geknüpft worden. Die auf Seite 2 veröffentlichte Liste der Begegnungen gibt Aufschluß über die geleistete Arbeit.

Von einem Versuch, die Schüler der oberen Klassen der höheren Schulen in die Literatur beider Völker hineinzuführen und damit den Gedanken der Verständigung zu fördern, sei kurz berichtet: Im Oktober 1959 wurden die Leiter der höheren Schulen aus Nord- und Südschleswig zu einer Erörterung des obengenannten Problems eingeladen. Ein aus zwei dänischen und zwei deutschen Vertretern gewählter Ausschuß wurde beauftragt, nähere Vorschläge auszuarbeiten und der nächsten Versammlung, die in Dänemark stattfindet, vorzulegen.

Jahr um Jahr empfangen wir Gruppen der deutschen Minderheit in Nordschleswig zu einer Besichtigungsfahrt durch unser Land. Begleitet wurden sie durch Mitglieder unseres Bundes und erlebten den Tag gemeinsam mit deutschen Freunden. Oft führten solche Fahrten zu Gegenbesuchen in Nordschleswig. Ein Beispiel: Deutsche aus Südalzen wurden bei einer Kaffeetafel in Husum durch den Husumer Volkschor mit Liedern begrüßt. Wirkung: Gegeneinladung, der im nächsten Sommer entsprochen wurde.

Um ständig eine Verbindung mit unseren Mitgliedern aufrechtzuerhalten, wurde die Schaffung einer Zeitschrift notwendig. Die Redaktion wurde den beiden Vorstandsmitgliedern Dr. Johannsen und Ernst Beier übertragen. Die Zeitschrift hat im Laufe des Jahrzehnts zu allen wichtigen grenzpolitischen Fragen Stellung genommen: vom Selbstbestimmungsrecht bis zu aktuellen Tagesfragen. Beiträge zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen ergänzten die Artikel über die einzelnen Landschaften. Besonderes Interesse erweckten die Lebensbilder bedeutender Männer des Grenzlandes. Die vielen Anerkennungen über den Wert und die Bedeutung unserer Zeitschrift werden Ansporn zu einer Fortführung im bisherigen Geiste sein.

Nach dem vorstehenden Bericht über die Tätigkeit unseres Bundes darf mit Recht die Frage aufgeworfen werden, ob Veranlassung vorliegt, Aufgabengebiete aufzugeben oder neue in Angriff zu nehmen. Wir wiesen einleitend darauf hin, daß die Einbeziehung der Arbeiterschaft in die Grenzarbeit notwendig sei und daß sie Anspruch darauf erheben könne, an den Werten deutscher Kultur teilzunehmen. Eine Erweiterung unserer Arbeit auf der kulturellen Ebene scheint damit gegeben. Eine solche Arbeit leidet aber darunter, daß für die gesamte Volksbildungsarbeit (Erwachsenenbildung, Büchereiwesen usw.) keine gesetzliche Regelung vorliegt. Auf eine Aufgabe müssen wir mit allem Nachdruck hinweisen: Die Arbeiterschaft

hat ein Recht auf Wiedereröffnung einer Arbeitervolkshochschule. Der Vorstand hat bereits die vorbereitenden Schritte unternommen.

Die soziale Betreuungsarbeit muß fortgesetzt werden. Notwendig wäre eine Erweiterung der Zahl der Kindergärten und der Schwesternstationen. Das gehört freilich nicht zu unserem Aufgabengebiet, der Hinweis sei trotzdem gegeben.

Allen Mitarbeitern und Förderern unserer Arbeit sei herzlich gedankt!

Jens Nydahl

Die ersten Jahre des Landes Schleswig-Holstein

Zehn Jahre erfolgreicher Arbeit des Grenzfriedensbundes für den Frieden an der Grenze sind nur vor dem Hintergrund des Zeitgeschehens seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 richtig zu verstehen und recht zu würdigen. Wer diesen Hintergrund darstellen will, muß sich manches ins Gedächtnis zurückrufen, was im schnellen Wechsel der Ereignisse längst wieder vergessen ist. Man muß sich daran erinnern, daß mit dem vollständigen Zusammenbruch einer auf Gewalt und Terror aufgebauten Politik die Lage der Bevölkerung unseres Landes sich von Grund auf geändert hat. Zu zehn Einheimischen kamen sieben andere als Flüchtlinge und Vertriebene nach Schleswig-Holstein. Während vor dem letzten Kriege zwischen Nord- und Ostsee 1,5 Millionen Menschen lebten, stieg die Zahl der Bevölkerung mit diesem Zuwachs auf etwa 2,7 Millionen. Es fehlte damals praktisch an allem, besonders an Nahrung, Wohnung und Kleidung. Hunger und Seuchen bedrohten Leben und Gesundheit der Menschen. Durch Krieg und Demontagen gingen weit mehr als 200 000 Arbeitsplätze verloren. Arbeitswillige, fleißige Menschen waren zu jahrelanger Arbeitslosigkeit verurteilt. Die Spaltung Deutschlands brachte unser Land in eine schwierige Randlage, und als Folge des Krieges verlor es außerdem entscheidende Teile seiner Absatzmärkte. An der Grenze zum nördlichen Nachbarn war es unruhig. Deutsche und Dänen standen vor der schwierigen Aufgabe, ihr Verhältnis zueinander wieder sinnvoll zu ordnen. In allen Teilen des Landes stellten sich unmittelbar nach dem Zusammenbruch, im Mai 1945, verantwortungsbewußte und beherzte Frauen und Männer in den Gemeinden und Kreisen dem Chaos entgegen. Ihnen gelang es, in verhältnismäßig kurzer Zeit — Bund und Land existierten bekanntlich noch nicht — ein gewisses Maß an öffentlicher Ordnung zu schaffen. Bereits am 20. April 1947 konnte die Bevölkerung ein Landesparlament — den Schleswig-Holsteinischen Landtag — wählen. Rund 44 Prozent aller Wahlberechtigten entschieden sich für die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokraten des ersten gewählten Landtages bekannten sich, wie schon öfter in der deutschen Geschichte, in dieser turbulenten Zeit der Hungerrationen und des Schwarzmarktes unverzüglich zu der ihnen von den Wählern übertragenen Verantwortung. Innerhalb weniger Tage bildeten sie eine Landesregierung und gingen an die Arbeit.

Die ehemals preußische Provinz Schleswig-Holstein war ohne Dazutun ihrer Bevölkerung, sozusagen über Nacht, ein selbständiges Land geworden. Damit

war es als nördlichstes Glied der Bundesrepublik Deutschland unvermittelt vor bedeutende, aber auch schwierige Aufgaben gestellt. Weitgehend auf sich allein gestellt, mußten der Landtag und die Regierung das staatliche Leben völlig neu gestalten.

Für diese verantwortungsvolle und umfangreiche Arbeit hatte die erste aus freien Wahlen hervorgegangene Landesregierung jedoch nur drei Jahre Zeit zur Verfügung. Das Fehlen eines übergeordneten Gesetzgebers — den Bund gab es damals noch nicht —, eine völlig unzureichende finanzielle Ausstattung — die Landeskasse zeigte oft eine gähnende Leere — haben diese Arbeit besonders erschwert. Häufige Einsprüche der Besatzung wirkten zudem stark verzögernd. Trotzdem gelang es, um nur einige Beispiele zu nennen, die Grundlagen einer freiheitlichen Ordnung in unserem Land zu legen. Nach sorgfältigen Vorbereitungen wurden Landessatzung (Landesgrundgesetz), Kreisordnung, Gemeindeordnung und Amtsordnung beschlossen. Damit konnte Schleswig-Holstein vor den übrigen Ländern der Bundesrepublik ein Gesetzgebungswerk von einer bemerkenswerten inneren Geschlossenheit vollenden. Es besteht bis auf den heutigen Tag unverändert fort und hat bei der Gesetzgebung anderer Länder der Bundesrepublik erfolgreich Pate gestanden.

Überaus dringende Verpflichtungen, wie beispielsweise die Überwindung einer Wohnungs- und Schulraumnot, die nach Art und Ausmaß alles öffentliche und private Leben lähmte, die Schaffung von Arbeitsplätzen für 140 000 Arbeitslose, die Hebung der Wirtschaftskraft und Eingliederung bzw. Umsiedlung von 1,5 Millionen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen konnten Landtag und Landesregierung nicht davon abhalten, der Lage an der Grenze zum nördlichen Nachbarn ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Stellvertretend für den Bund, dessen verfassungsmäßige Organe noch im Aufbau begriffen waren, gab sie über die Stellung der dänischen Minderheit die „Kieler Erklärung“ ab. Sie sollte helfen, ein friedliches Leben der dänischen Minderheit mit der deutschen Bevölkerung zu sichern, die berechtigten Belange der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein zu gewährleisten und ein gutnachbarliches Verhältnis zum dänischen Volk herbeizuführen, dabei sprach sie die bestimmte Erwartung aus, daß die dänische Regierung der deutschen Minderheit in Dänemark gegenüber in gleicher Weise handeln werde.

Das geschah am 26. September 1949. Nur wenige Wochen später — am 27. Oktober des gleichen Jahres — folgte eine Erklärung des damaligen dänischen Staatsministers Hans Hedtoft an Vertreter der deutschen Minderheit in Nordschleswig (Kopenhagener Vermerk). Eine vergleichende Gegenüberstellung bzw. eine Wertung dieser beiden Willensbekundungen ist nicht beabsichtigt. Sie mag denen überlassen bleiben, die immer nur den Buchstaben wägen. Entscheidend ist vielmehr der Geist, aus dem sie geboren sind, und ihre politische

Wirkung. Heute, nach elf Jahren, kann dazu gesagt werden: Beide haben den Frieden an der Grenze eingeleitet!

Verantwortungsbewußten Frauen und Männern unseres Landes gaben diese Erklärungen den großen Rahmen für eine auf Verständigung mit dem Nachbarn gerichtete Tätigkeit. Und so hat auch der Grenzfriedensbund in den zurückliegenden zehn Jahren aus dem Geiste dieser Erklärungen entscheidend beigetragen zum „friedlichen Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und damit auch zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem deutschen und dem dänischen Volke“. Sein erfolgreiches Wirken hat jene bekannten zwischenstaatlichen Besprechungen gefördert, die schließlich zu den Erklärungen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der dänischen Regierung vom 29. März 1955 führten. Mit ihnen ist der Weg zu enger, von der Lage zwingend gebotener gutnachbarlicher Zusammenarbeit in lebenswichtigen Fragen geebnet.

An einer politisch wie militärisch gleich gefährlichen Nahtstelle zwischen den beiden großen rivalisierenden Weltblöcken sind Schleswig-Holstein und seine nordischen Nachbarn nämlich vor gleiche Aufgaben gestellt: die Freiheit des einzelnen, aber auch die Freiheit der Gemeinschaft zu sichern und der Herausforderung durch den Kommunismus wirksam entgegenzutreten.

*

Wer die Zeichen der Zeit richtig versteht, weiß, daß die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus längst begonnen hat. Wir können ihr nicht aus dem Wege gehen, wir müssen uns ihr stellen. Der offene Konkurrenzkampf der zur Zeit größten Mächte der Welt — Amerika und Rußland — wird das Schicksal aller Völker wesentlich bestimmen. Dieser Konkurrenzkampf in seiner heutigen Form ist von der Sowjetmacht gewollt und bewußt herbeigeführt. Die seit Jahren immer massiver werdende Herausforderung zum friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus ist eine neue Form der weltpolitischen Strategie des russischen Kommunismus. Ihr Ziel — und darüber sollten wir uns klar sein — ist nicht das friedliche Nebeneinander von Staaten mit verschiedenen Regierungssystemen, sondern die Unterminierung und Aufweichung der westlichen und die Ausweitung und Festigung der sowjetischen Macht. Dabei wird der Krieg mindestens zwischen den Weltmächten aufhören, ein Mittel der Machtentscheidung zu sein. Die Auseinandersetzung ist geistiger und ökonomischer Art. Sie wird ausgetragen in den Hörsälen, in Labors und in den Fabriken. Deshalb vermögen Verteidigungsvorbereitungen militärischer Art allein so notwendig sie auch sind — die Freiheit nicht zu sichern. Die „geistige und ökonomische Rüstung“ werden in höherem Maße über unsere Zukunft entscheiden.

Schließlich muß es sich erweisen, ob wir imstande sind, nicht nur das Dogma des Kommunismus mit starren Erklärungen abzulehnen, sondern ihm auch etwas

entgegenzustellen von eigenem Gewicht und eigenem Wert. Wir brauchen zu diesem Zweck mehr Selbstbewußtsein und mehr Vertrauen in die gute Sache der Demokratie. Wir müssen das hohe Gut der Freiheit erkennen und es achten. Vor diesen Perspektiven verlieren gewisse Fragen — und mögen sie dem einzelnen auch noch so bedeutsam erscheinen — an Gewicht. Es kommt nun entscheidend darauf an, in den richtigen Maßstäben zu sehen und zu handeln. Hoffentlich wird falscher Stolz uns nicht hindern, immer wieder bei unseren nordischen Nachbarn nachzufragen und im freundschaftlichen Gespräch in europäischer Gesinnung voneinander zu lernen. In diesem Abschnitt der weltpolitischen Entwicklung sind allen Menschen guten Willens und besonders dem Grenzfriedensbund viele Möglichkeiten fruchtbarer Betätigung gegeben.

Ripen 1460 —1960

Das Jahr 1460 gilt auch heute noch — nach 500 Jahren — bei den Schleswig-Holsteinern, die sich ihr geschichtliches Bewußtsein bewahrt haben, als ein Entstehungsdatum schleswig-holsteinischer Gemeinsamkeit.

Nun wissen wir dank der historischen Forschung der Zeit nach dem ersten Weltkrieg (W. Carstens, V. Pauls, neuerdings A. Scharff) besser als unsere Vorfahren im 19. Jahrhundert, wie es zu dem berühmten Vertrag von Ripen kam; man weiß, daß der Vertrag von Ripen aus seiner Zeit verstanden werden muß und daß er nicht 1460 niedergeschrieben worden ist, um den Schleswig-Holsteinern 1848 das Schlagwort „Up ewig ungedeelt“ zu liefern. Es wäre andererseits aber ebenso verkehrt, zu behaupten, daß die Entlehnung dieses Schlagworts gegen die Gebote intellektueller Redlichkeit verstößt, denn die unmittelbaren politischen Nachwirkungen des Vertrages reichen bis in das 19. Jahrhundert hinein, und auch heute noch wertet man die Vorgänge in Ripen nach nationalen Gesichtspunkten. So steht in der „Geschichte Schleswig-Holsteins“ von Otto Brandt¹⁾: „Die besondere Bedeutung der Verträge²⁾ beruhte darauf, daß durch sie die 1386 erfolgte Vereinigung Schlesiws und Holsteins bestätigt wurde und sich auf ihrer Grundlage nunmehr die Eigenstaatlichkeit der beiden vereinigten Länder entwickeln konnte.“ Das dänische Gegenstück dazu, die „Geschichte des schleswig-holsteinischen Grenzlandes“ von Troels Fink³⁾, führt dahingegen aus: „Gilt es, die Bedeutung der Begebenheiten von 1460 in nationaler Hinsicht zu werten, muß festgestellt werden, daß die Möglichkeit für eine vollständige Eingliederung des Grenzlandes in Dänemark damit verscherzt war; es war der Preis für die Erwerbung von Holstein.“ Diese Feststellungen könnten verwunderlich klingen, wenn man bedenkt, daß es sich hier um einen Vertrag zwischen dem ersten Vertreter der oldenburgischen Dynastie (König Christian I. von Dänemark) und einem Teil der späteren Stände, nämlich der Ritterschaft, handelt, und daß er im Grunde eine Privilegierung der schleswig-holsteinischen Ritterschaft durch den „Landesherrn“ darstellt. Jedoch wird die Bedeutung dieses Vertragswerkes für die späteren Jahrhunderte durch seine lange Vorgeschichte verständlich.

Im Anfang des 12. Jahrhunderts, als die Schauenburger in Holstein und Knud Laward in Schleswig regierten, mußte sich das Christentum noch gegen germanischen heidnischen Glauben durchsetzen. Das Land war für unsere Begriffe unvorstellbar dünn bevölkert, große Wälder bedeckten vor allem die fruchtbareren Landesteile, nur Hamburg und Schleswig konnten als städtische

Siedlungen gelten, das damals bedeutende Schleswig hatte jedoch eine ganz eigenartige Struktur, die nicht in das mittelalterliche Städtewesen hineinpaßt.⁴) Das ganze Leben spielte sich in der bäuerlichen Sphäre ab, und nach dem Grundbesitz können auch Stände unterschieden werden: die Hovelude (auch in Holstein als „Nobiles“ bezeichnet) hatten größere Höfe als die Huslude; die Hovelude kann man als Adlige bezeichnen, die Huslude als Bauern.⁵) Wahrscheinlich haben schon von jeher die Adligen einen Teil ihrer Ländereien durch Bauern bestellen lassen, die in irgendeiner Form von ihnen abhängig waren.⁶) Einen „Staat“ Holstein gab es nicht. Der mächtigste und einflußreichste Adlige sowohl im Gau als auch im Kirchspiel führte den Vorsitz im Gericht und führte auch das Aufgebot. Soweit man überhaupt von „staatlichen“ Aufgaben in jener Zeit sprechen kann, handelt es sich um „Krieg und Frieden“. Die Aufrechterhaltung des Friedens war in jenen Zeiten, in denen Selbstjustiz und Blutrache in der Gemeinschaft selbst, dauernde Kriege um den Siedlungsraum und Raubzüge gegen die Nachbarn gang und gäbe waren, die eigentliche Aufgabe der damaligen Gemeinschaften. Schon seit alter Zeit gab es zwei germanische Ordnungsprinzipien: das der Herrschaft und das der Genossenschaft.

Da der Gedankengang zu dem Ripener Vertrag hinführen soll, werden die schleswig-holsteinischen Genossenschaften im Folgenden übergangen.

Es war nur natürlich, daß der mächtigste Adlige in seinem Kirchspiel bzw. in seinem Gau den Vorsitz im Gericht führte, denn abgesehen von seinem persönlichen oder „Sippenheil“, das ihm eine sakrale Bedeutung verlieh, hatte er auch durch das Schwergewicht, das ihm schon seine — im Gegensatz zum südelbischen Raum sicher nicht sehr große — Gefolgschaft verlieh, die Macht, gegen Friedensbrecher vorzugehen. Die Adligen und ihre Gefolgsleute bildeten andererseits den berittenen Kern jeden Aufgebots, oder auch, bei plötzlichen Überfällen, eine Bereitschaftstruppe. Sie waren wohl auch die Herren oder jedenfalls Leiter der Volksburgen, in die sich die Bevölkerung in Notzeiten zurückziehen konnte. Es ist möglich, daß sie zur Bestreitung ihrer Unkosten Abgaben von den Husluden erhielten, jedenfalls steht die sehr alte Steuerfreiheit des Adels in engem Zusammenhang mit ihren militärischen Verpflichtungen. Es gab zwar auch schon seit langer Zeit holsteinische Grafen, aber sie sind ebensowenig wie die ersten Schauenburger über ihre Stellung als Stellvertreter des Sachsenherzogs hinausgekommen, sie waren im wesentlichen Führer des holsteinischen Aufgebots, ihre Stellung entsprach also etwa der des Schleswiger Jarls.⁷) Es gibt eine ganze Reihe von Gründen dafür, daß das Verhältnis zwischen den Grafen und den Adligen, das jahrhundertlang durch Rivalität bestimmt war, seit dem Ende des 12. Jahrhunderts anders wurde. Abgesehen von den geistigen Strömungen, die mit dem endgültigen Sieg des Christentums auch auf das Ansehen des Grafen als „Mann des Königs“ nicht ohne Rückwirkungen blieben,

stellte die plötzliche Bevölkerungsvermehrung in Deutschland und Dänemark mit den Rodungen, Städtegründungen, der Ostkolonisation, der größeren Bevölkerungsdichte und dem plötzlichen Entstehen von Handel und Gewerbe) Anforderungen, für die „staatliche Organe“ einfach nicht da waren. Knud Laward — der auch als erster Herzog von Schleswig bezeichnet wird —, Herzog Heinrich der Löwe und die Schauenburger Grafen nahmen diese Aufgaben und vor allem die Ostkolonisation in ihre Hand. Sie wurden — kraft ihrer eigenen königlichen oder davon abgeleiteten Gewalt oder als Nachfolger der wendischen Fürsten — Eigentümer des eroberten Landes. Und so verlieh auch der Graf von Holstein erobertes Land an die Adligen, die durch den Einsatz ihres Vermögens ihm die Eroberung des wagrischen Landes ermöglicht hatten.⁹⁾ So hielt also erst im 13. Jahrhundert das Lehnrecht seinen Einzug in Holstein. Mitverliehen wurde den Adligen auch die Gerichtsbarkeit, die sie nun — im ostholsteinischen Raum — als gräfliches Lehen und sozusagen als gräfliche Beamte ausübten. Da sie gleichzeitig auch Vögte für gräfliche Gebiete wurden, war einer Vermengung von grundherrlichem Lehen und Vogtei Tür und Tor geöffnet. Durch das Lehnband und die dadurch gegebene Treuepflicht gegenüber dem Grafen wurden sie alle für die Dauer zu Gefolgsleuten des Grafen. Das bedeutete für die Grafen eine wesentliche Vermehrung ihrer Macht, andererseits aber die Bindung an die ihnen verpflichteten Adligen, denn auch in herrschaftlichen Ordnungen hat es in der germanischen Tradition nie ein bloßes Gehorchen gegeben: der Graf hatte bei allen wichtigen Entscheidungen den Rat und auch wohl die Zustimmung seiner Gefolgsleute, später „Räte“ genannt, einzuholen.

Daß die Schauenburger Grafen der Rendsburger Linie — also einer holsteinischen Teilgrafschaft — im 14. bis 15. Jahrhundert erfolgreich versuchen konnten, gegen den Widerstand Dänemarks und zeitweise der drei nordischen Reiche Herzoge von Schleswig zu werden — sie suchten also ein rein dynastisches Ziel zu verwirklichen —, liegt an der fortschrittlichen Lehnverfassung Holsteins, die dem Grafen gutausgerüstete Reiterheere zur Verfügung stellte. Den holsteinischen Adligen stand ihr Restgut im altholsteinischen Raum zur Verfügung, das sie an die geistlichen Korporationen verkaufen konnten; außerdem konnten sie in Lübeck und Hamburg, wo erhebliches Kapital vorhanden war, Geld leihen. Entschädigt wurden sie durch die Verpfändung von herzoglichen Vogteien oder durch Übertragung von Eigentum im Herzogtum Schleswig. Als der große Krieg um Schleswig mit der Belehnung des letzten überlebenden Schauenburgers, Herzog Adolf VIII.¹⁰⁾, 1440 beendet war, gab es, grob gesprochen, drei Adelsgruppen in Schleswig und Holstein: 1. den alten holsteinischen Adel, der sich nicht an den Unternehmungen des Rendsburger Grafen gegen Schleswig beteiligt hatte und der seine altholsteinischen Besitztümer ursprünglich als Allod, seine wendischen als Lehen innehatte, 2. den schleswigschen Adligen, der zwar als Inhaber von

Vogteien und als Gefolgsmann der Schleswiger Herzoge ebenso wie der holsteinische Adel Träger des „staatlichen“ Lebens war, jedoch nicht durch das Lehnsband an den Herzog gebunden war, sondern seinen Grundbesitz als Eigentum besaß, 3. den neuen schleswig-holsteinischen Adel, der in Holstein Grundbesitz als Lehen, in Schleswig als Eigentum oder Pfandinhaber oder auch als Vogt besaß. Diese dritte und mächtigste Adelsgruppe hatte die dynastischen Anliegen der Schauenburger verfochten und war nicht nur Träger von deren schleswig-holsteinischer Politik geworden, sondern auch dadurch, daß ihr Eigentum in beiden Gebieten lag, von ihr abhängig geworden. Sie hatte ein lebenswichtiges Interesse daran, daß die Vereinigung Schleswig-Holsteins bestehen blieb. Die Willensmeinung der drei anderen (Berufs-)Stände, der Geistlichkeit, der Bürger und der Bauern, zu untersuchen, erübrigt sich. Die Städte waren in Schleswig-Holstein ohne Einfluß; die beiden bedeutendsten, Lübeck und Hamburg¹¹⁾, gehörten schon lange nicht mehr zu Holstein, sondern waren als Häupter der Hanse bedeutende „auswärtige“ Mächte. Die politischen Entscheidungen der Geistlichkeit lagen bei den Bischöfen und ihren Domkapiteln, und hier haben die Schauenburger ihren Einfluß auf die Dauer geltend machen können. Daß die Adligen ursprünglich auf Grund ihres sakral und materiell begründeten Ansehens Anführer der bäuerlichen Bevölkerung waren, nachher aber als Lehnsleute des Grafen ihre Vorgesetzten oder auch Herren wurden, das zu zeigen war der Zweck des ersten Teiles dieser Untersuchung, so daß die Frage nach dem Willen der großen bäuerlichen Bevölkerung Schleswig-Holsteins überflüssig ist. Auch wo die bäuerliche Bevölkerung noch frei war, kann man wohl bezweifeln, ob ihr politischer Wille über ihre genossenschaftlichen Organisationen hinausging.¹²⁾ So bleiben also als „politische Willensträger“ nur zwei übrig, die Dynastie und der mit ihr verbundene — oder auch sie bekämpfende — Adel. Das bedeutet, daß der Vertrag von Ripen, in dem die neue Dynastie und der holsteinische sowie vor allem der schleswig-holsteinische Adel sich einigten, eine Art „Staatsgrundgesetz“ war.

Es wurde bereits erwähnt, daß Herzog Adolf (VIII.) 1440 als erblicher Herzog von Schleswig durch den dänischen König Christoph von Bayern bestätigt wurde. Die Ehen Adolfs VIII. blieben kinderlos, und er mußte sich daher darum kümmern, wie er seine Nachfolge regelte. Ihm lag naturgemäß daran, die Vereinigung Schleswigs mit Holstein, die so viele Kämpfe und Opfer gekostet hatte, aufrechtzuerhalten. Als Erben kamen in Frage die Schauenburger der Pinneberger Teilgrafschaft, die aber, da nur in Holstein die männliche Erbfolge nach Lehnsrecht galt, kein Erbrecht auf Schleswig geltend machen konnten, und die Ritterschaft auch damit rechnen mußte, daß der dänische König bzw. seine ritterschaftlichen Räte sicher die Gelegenheit benutzen würden, Schleswig und Holstein zu trennen. Außerdem hatte Adolf VIII. eine Schwester, die mit Graf Dietrich dem Glücklichen

von Oldenburg verheiratet war und deren drei Söhne Christian, Gerhard und Moritz hießen. Der älteste der drei, Graf Christian, der Graf Adolf auch persönlich nahestand, war als Nachfolger ausersehen. Er konnte aber wiederum ein Erbrecht nur auf Schleswig geltend machen und nicht auf Holstein. Aber die Pinneberger Grafen waren weitaus schwächere Gegner als Dänemark, und es gelang Graf Adolf, sich den Lehnsherrn über Holstein gefügig zu machen und die holsteinische Ritterschaft dazu zu bewegen, Graf Christian zu huldigen.¹³) Die Angelegenheit wurde allerdings dadurch kompliziert, daß 1448 (am 5. Januar) der dänische König Christoph von Bayern starb und die dänischen Räte zuerst Herzog Adolf die dänische Krone antrugen — er lehnte jedoch ab —, dann aber auf seinen Rat hin den schleswig-holsteinischen Prätendenten Graf Christian von Oldenburg wählten. Der Zweck dieser Maßnahme ist klar: dadurch, daß der Erbe des Schauenburger Herzogs von Schleswig und Holstein gewählt wurde, bekam Dänemark nicht nur die unmittelbare Verfügung über das dänische Lehen Schleswig zurück, sondern gewann auch noch für den dänischen König die Anwartschaft auf das deutsche Lehen Holstein.

Als Herzog Adolf am 4. Dezember 1459 starb, war die Lage also für alle Partner voller Gefahren: wenn die schleswig-holsteinische Ritterschaft dem Pinneberger Grafen huldigte, schadete sie sich selbst am meisten, weil er sich auf Holstein beschränken mußte; falls er jedoch zusammen mit der Ritterschaft auch Anspruch auf Schleswig erheben sollte, waren endlose Kämpfe mit König Christian zu erwarten, der inzwischen auch König von Norwegen und Schweden geworden war. Wenn man König Christian wählte, hatte man einen übermächtigen Landesherrn gewählt, von dem man nicht wußte, wie er oder seine Nachkommen später die Herzogtümer behandeln würden. Wenn die Ritterschaft aber verschieden wählte — es ist oben klargelegt worden, daß ihre Interessen nicht einheitlich waren —, dann waren chaotische Kämpfe zu erwarten, und man hatte allgemein die über hundertjährige Kriegszeit um Schleswig noch zu frisch in der Erinnerung, um nicht davor zurückzuschrecken. Es war daher von entscheidender Bedeutung für die Folgezeit, daß die schleswig-holsteinische Ritterschaft sich unter Führung der Räte — es waren dies die mächtigsten schleswig-holsteinischen Adligen, die zum Gefolge Adolfs VIII. gehört hatten und die zugleich Inhaber der wichtigsten Ämter waren — darauf einigte, nur einen Kandidaten zu wählen. Dieser Beschluß war neuartig, weil der Adel nach holsteinischem Lehnsrecht kein Wahlrecht hatte. Er hatte zwar 1390 und 1397 schon in holsteinische Erbfolgefragen eingegriffen und sie auch 1390 entschieden, aber durch die Form einer Huldigung. Ein Wahlrecht des Adels gab es aber in Dänemark und in dem dänischen Lehen Schleswig; hier merkt man deutlich, daß die maßgebenden Räte schleswig-holsteinische Ritter waren, denn sie konnten sich hier auf dänisches Recht berufen. Dieselben Räte, als Beauftragte der

schleswig-holsteinischen Ritterschaft, verhandelten dann in Ripen mit den dänischen Reichsräten und König Christian I., und diese Verhandlungen waren naturgemäß recht heikel, weil Christian I. nicht nur ein sehr mächtiger Prätendent, sondern auch Lehnsherr über Schleswig war. Das Ergebnis dieser Verhandlungen, die im wesentlichen zwischen den schleswig-holsteinischen und den dänischen Räten geführt sein dürften, war ein Kompromiß, eben der berühmte Ripener Vertrag vom 5. März 1460.

Es befremdet nach den Voraussetzungen dieses Vertrages nicht, daß es der Ritterschaft darum gehen mußte, ihre Interessen, die sie nicht ohne Grund mit denen des Landes gleichsetzte¹⁴⁾, möglichst zu sichern. Der Vertragstext ist in seiner Grundstruktur nach dem Vorbild der nordischen Unionsurkunden abgefaßt, also nach den Wahlurkunden, die ausgestellt wurden, als die norwegischen und schwedischen Adligen König Christian 1449 und 1457 zu ihrem König gewählt hatten. Die staatlichen Lösungen des Mittelalters kümmerten sich ja wenig um nationale oder volkliche Grenzen. Und wenn auch derartige Überlegungen den damaligen Zeitgenossen nicht ganz fremd waren, so waren sie doch nie entscheidend. In diesen Entwurf, den die dänischen Reichsräte vielleicht vorgelegt haben, hat die schleswig-holsteinische Ritterschaft dann ihre Sondergerechtsame eingebaut, so daß das Vertragswerk grundsätzlich abgeändert wurde: die Union mit Dänemark wurde gelockert und die Verbindung zwischen Schleswig und Holstein enger gestaltet, so daß die Union zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein eine andere wurde als die zwischen Dänemark und den beiden nordischen Königreichen. Die wichtigsten Vorbehalte, die in die Wahlurkunde zugunsten der Schleswig-Holsteiner aufgenommen wurden, waren:

König Christian wurde nicht gewählt als König von Dänemark, sondern zu „enerne heren desser lande“ „umme gunst de de inwonere desser lande to unser personen hebben“. Die Einwohner Schleswig-Holsteins brauchten nicht außerhalb des Landes irgendeinen Dienst zu leisten. Nach dem Vorbild des dänischen Reichsrats wird eine Art Landesregierung aus Drost (für Schleswig) und Marschall (für Holstein) und dem ganzen Rat gebildet. Die Sonderrechte der Lübecker, d. h. der Hanse, werden ausdrücklich bestätigt. Falls wieder die Nachfolgerfrage akut werden sollte, soll sie wiederum durch Wahl geregelt werden. König Christian übernimmt die finanziellen Verpflichtungen Herzog Adolfs gegenüber der Ritterschaft. Auch König Christian selbst hat seinen Wählern erhebliche materielle Vorteile verschafft¹⁵⁾.

Die Ritterschaft erlangte durch die „tapfere Verbesserung“ vom 4. April 1460, die König Christian in Kiel ausstellte, noch eine Verbesserung ihrer Anliegen, vor allem wurde die Macht der Ritterschaft noch hervorgehoben. Ihren Versammlungen, die jährlich stattfinden sollten, wurden wichtige Befugnisse übertragen. Aus diesen Versammlungen haben sich die Landtage entwickelt, die

wohl in erster Linie in der Folgezeit die Einheitlichkeit Schleswig-Holsteins begründeten¹⁶⁾).

Der eigentliche Kompromiß, der die Wahl Christians I. und die Wahrung des Friedens ermöglicht hat, liegt jedoch darin, daß die Ritterschaft das — sehr windige — Erbrecht König Christians an Holstein anerkannte, daß Christian aber dafür nicht als Lehnsherr das Herzogtum Schleswig an sich zog, sondern bestätigte, daß er ein „aus Gunst zu seiner Person“ gewählter Herzog von Schleswig war. Diese Auffassung wird durch den auf Verlangen der schleswig-holsteinischen Ritterschaft eingeschobenen Zusatz „unde dat se bliven ewich tosamende ungedeelt“ unterstrichen und für die Zukunft betont. Das Recht zur Wahl und zur Mitsprache hatte die Ritterschaft, wie oben gezeigt wurde, dem dänischen Rechtsgebrauch entlehnt. Das wichtigste Ergebnis des Vertrages von Ripen ist der Sieg des ständischen Gedankens: durch die gemeinsamen Landtage der Stände Schleswigs und Holsteins, die bald auch von den „Prälaten“ — der grundbesitzenden Geistlichkeit — und den Städten beschickt wurden, hat sich im Laufe des 16. Jahrhunderts auch bei der Bevölkerung das Bewußtsein eines gemeinsamen Herzogtums Schleswig-Holstein — „disse Hertochdömer“, wie man damals zu sagen pflegte — durchgesetzt, das erst die nationale Auseinandersetzung des 19. Jahrhunderts wieder zerstört hat.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Versuche Dänemarks im 19. Jahrhundert, Schleswig enger mit Dänemark zu verbinden, von den Schleswig-Holsteinern, und zwar von der Ritterschaft in enger Zusammenarbeit mit dem liberalen Bürgertum, auch dadurch bekämpft wurden, daß man sich auf die Privilegien der Ritterschaft und vor allem auf den Vertrag von Ripen berief. Natürlich hatte der Vertrag keine aktuelle Gültigkeit mehr, jedoch war er die Grundlage der Entwicklung Schleswig-Holsteins durch vier Jahrhunderte hindurch gewesen. Die Losung der Schleswig-Holsteiner im 19. Jahrhundert aus dem Ripener Vertrag, „up ewich ungedeelt“, war insofern historisch nicht korrekt gewählt, weil es nicht mehr um lehnsrechtliche und ständische Fragen ging — es hätte dann auch „up ewich tosamem“ heißen müssen —, sondern um eine letzten Endes nationale Auseinandersetzung um das alte Herzogtum Schleswig. Es ist jedoch völlig müßig, den alten Schleswig-Holsteinern historische Interpretationsfehler vorzurechnen. Für sie war der Ruf „up ewig ungedeelt“ der in ein Schlagwort verkürzte Ausdruck ihres Rechts, die Trennung Schleswig-Holstein zu verhindern, und dieses Schlagwort hat durch sie in der Zeit der nationalen Auseinandersetzung eigenes Leben gewonnen und ist selbst zu neuer geschichtlicher Wirksamkeit gelangt. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts lag auch deutlich in dem Schlagwort „up ewig ungedeelt“ ein deutscher nationalpolitischer Machtanspruch gegenüber den Dänen in Nordschleswig. Es war aber den nationalen Gegnern, den Dänen und den Schleswig-Holsteinern,

nicht möglich, einen Kompromiß auszuhandeln, der der durch Ripen eingeleiteten historischen Entwicklung und den Deutschen und Dänen gleichermaßen gerecht wurde. Das alte Herzogtum Schleswig wurde 1920 geteilt, die durch Ripen 1460 geschaffene Gemeinsamkeit ganz Schleswigs und Holsteins war vorüber. Die Auseinandersetzung um Schleswig war aber nicht beendet, sie reicht noch bis in unsere Gegenwart, und bis in unsere Gegenwart reicht noch die alte Problematik des gesamten Herzogtums, weil Deutsche und Dänen nebeneinander darin wohnen und wohl oder übel einen Ausgleich ihrer Interessen finden müssen. Und es ist sicher nicht verkehrt, wenn die Grenzlinie nicht zu einer abweisenden Mauer wird, sondern wenn das alte Land Schleswig-Holstein wie in der Vergangenheit nördlich und südlich der Grenze eine Zone wird, in der sich die Gegensätze beider Nationen verschleifen und zu fruchtbaren Lösungen führen können — die nicht unbedingt so schwerwiegende Folgen zu haben brauchen wie der Vertrag von Ripen.

Anmerkungen

- 1) Otto Brandt: Geschichte Schleswig-Holsteins, Kiels 1957, S. 111.
- 2) des Vertrages von Ripen vom 5. 3. 1460 und der „Tapferen Verbesserung“ zu Kiel vom 4. 4. 1460.
- 3) Troels Fink: Geschichte des schleswigschen Grenzlandes, København 1958, S. 62-63.
- 4) Wilhelm Koppe: Schleswig und die Schleswiger zwischen Dänemark und dem Deutschen Reich. Beitrag zur Schleswiger Stadtgeschichte. Heft 1, 1956.
- 5) Werner Carstens: Untersuchungen zur Geschichte des Adels und des adligen Gutes, ZSHG 63, 1935, S. 66 f.
- 6) Diese und die folgenden, stark vereinfachenden Ausführungen fußen auf folgenden Arbeiten: Heinrich Dannenbauer: Adel, Burg und Herrschaft, Hist. Jb. 61, 1941; Walter Schlesinger: Herrschaft und Gefolgschaft in der germanisch-deutschen Verfassungsgeschichte; Werner Carstens: wie unter 5); Werner Carstens: Die Landesherrschaft der Schauenburger und die Entstehung der landständischen Verfassung in Schleswig-Holstein, ZSHG 55, 1926, S. 288 f. (1. Teil); Horst Windmann: Schleswig als Territorium, i. Qu. u. Forschg. Bd. 30, Neumünster 1954; A. E. Christensen: Kongemagt og Aristokrati, København 1945.
- 7) Auf die Verfassung Schweswigs wird nicht weiter eingegangen, weil es von dem Gedankengang zu der schleswig-holsteinischen Ritterschaft fortführt. Außerdem sind sich altholsteinische und schleswig-jütländische Verhältnisse vor der Zeit des Landausbaus, also vor Knud IV. (VI.) um 1200, sehr ähnlich.
- 8) Vgl. hierzu: Karl Siegfried Bader: Volk, Stamm, Territorium, HZ 176, 1953; Theodor Mayer: Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter, HZ 159, 1939.
- 9) Ähnliches ist bei den Erobererkönigen (Waldemar I. bis Waldemar II.) festzustellen. (Schon Knud Laward hatte seine selbständige Stellung hauptsächlich durch seine Herrschaft über das Wendenland und auch durch seine Schutzherrschaft über

Schleswig ausgestalten können.) Jedoch haben diese Verleihungen nicht zu einem dänischen Lehnrecht geführt.

- 10) Die Pinneberger Linie, die an Schleswig keine Interesse hatte, ist hier übergegangen.
- 11) Hamburg de facto, nicht de jure.
- 12) Auch in den nordischen Reichen hat sich der Bauernstand trotz seiner stärkeren Stellung nur dann durchgesetzt, wenn er von dem Königtum gegen die Aristokratie aufgerufen wurde. Die große schleswig-holsteinische Bauerngenossenschaft Dithmarschen z. B. führte ein Sonderdasein.
- 13) Die Entwicklung verläuft im einzelnen nicht so gradlinig, wie es hier geschildert ist. Vgl. hierzu: Werner Carstens: Die Wahl König Christians I., ZSHG 60, Bd. 2, 1931, S. 231; Werner Carstens: Beiträge zur Entstehung des schleswig-holsteinischen Staates, ZSHG 74/75, 1951, S. 1 f.
- 14) Mit einer neuen Auseinandersetzung um Schleswig war niemand gedient.
- 15) Die gegenteilige Auffassung von E. Arup: E. Arup: Den finanzielle side af ervervelsen af hertog-dømmerne 1460-1487, in DHT 7. R. 4. Bd. 1902/04, S. 317-388, 399-489 widerspricht nicht nur der Logik und dem allgemeinen Brauch der Zeit, sondern ist auch durch Werner Carstens (ZSHG 60, Bd. 2, 1931, S. 243 f.) nach dem Quellenbefund widerlegt worden, ohne allerdings aus den Geschichtshandbüchern zu verschwinden (z. B. Schultz, Danmarks Historie, Kphg. 1941, S. 302).
- 16) Ein großer Teil der Privilegien, die die Ritterschaft erhielt, entspricht den Versprechungen, die schon König Christoph und Christian I. bei ihrer Wahl zur Königswürde in den nordischen Ländern der dortigen Aristokratie gegeben haben. Man hat daher auch in Analogie zur deutschen und nordischen Geschichte vor allem in Hinblick auf die „Tapfere Verbesserung“ zu Kiel von einer „Wahlhandfeste“ gesprochen. Vgl. Alexander Scharff: Schleswig-Holstein und Dänemark im Zeitalter des Ständestaates, in ZSHG Bd. 79, 1955, S. 153 f.

AUS FRIEDLICHEN ZEITEN • UM 1805

Ich hörte in Halle Steffens Vorlesung über Naturphilosophie, Schleiermacher über Ethik und den berühmten Wolff über Archäologie. Mit Schleiermacher ging ich oft spazieren.

Es amüsierte ihn zuweilen, meinen allzu kühnen Behauptungen mit schelmischer Ironie zu begegnen; er übersetzte gerade damals an seinem Plato. Er war mein Sokrates, und ich beschuldigte ihn im Scherz, er wolle mich zu seinem Alkibiades machen, obgleich ich diesem weder in dem Heroischen noch in dem Schlechten glich. Schleiermacher war ein kleiner, hagerer Mann. Ein jugendliches Wesen fand

man bei ihm nicht; aber er war edel. Als er mir auf seinem alten Klaviere einmal den Herrnhuter Psalm vorspielte: „Mach' uns unschuldig, wie die kleinen Blumen in des Frühlings Heiligtum“, gewann er mein Herz und behielt es seitdem immer. Die Tochter des gelehrten Professors Wolff, Wilhelmine, eine schöne, große, blühende Blondine, hatte ein freundliches Wesen, sie konnte, wie gesagt, etwas Dänisch; und da sie eine Freundin der Frau Steffens war, sah ich sie oft im Hause bei uns. Mit ihrem Vater entsinne ich mich nur ein einziges Mal gesprochen zu haben. Merkwürdig ist's, daß er, der große Philolog, der es so weit in fremden Sprachen gebracht hatte, der einzige war, der mir davon abriet, deutsch zu schreiben; er meinte, man könne nur in einer Sprache Dichter sein. Abstrakt genommen, werden die meisten ihm gewiß recht geben, und Wolff, bei dem doch eigentlich das Griechische und Lateinische stets im Gegensatz zu seiner deutschen Muttersprache war, und der vom Dänischen gar nichts verstand, mochte sich wohl zu einer solchen Meinung befugt fühlen. Er wußte, daß er mit all seiner Gelehrsamkeit und seinem philosophischen Genie doch niemals Grieche oder Römer werden könne. Er wußte, daß ein großer Unterschied zwischen einem Deutschen aus dem 19. Jahrhundert und einem Griechen aus Perikles', einem Römer aus Augustus' Zeit stattfand. Aber er vergaß, daß der Däne und Deutsche Germanen, sie beide Brüder eines Hauptstammes sind, mit fast gleichen Charakteren, Neigungen, Gefühlen und Ansichten, daß sie in demselben Zeitalter, einander nahe und in steter, geistiger Verbindung leben.

Noch hatte ich außer einigen Kleinigkeiten nichts Deutsches geschrieben; aber ich fühlte doch bald, daß es nicht lange dauern würde, bis ich in den Besitz einer Sprache käme, die meinen Leserkreis auf 40 Millionen Menschen mehr ausdehnte und mir die Freude bereitete, ausgezeichneten Männern wieder etwas von den Produkten meines Geistes mitzuteilen, um einigermaßen all das Herrliche zu vergelten, das ich von ihnen empfangen hatte. Ja ich fühlte mich bald so begeistert, auch Deutsch, das zwar nicht meine Muttersprache, aber doch meiner Mutter Sprache und die meiner Väter war, zu schreiben, — daß ich zwei Jahre darauf meinen Aladdin übersetzte.

Aus Adam Oehlenschlägers Lebenserinnerungen

AUS UNRUHIGEN ZEITEN • 1848

Wahr ist es sonst, daß der Friede mit Dänemark seit 1460 gewiß manches Heil über's Land gebracht hat, daß das oldenburgische Fürstenhaus besonders in den verflossenen hundert Jahren für geistige Ausbildung des Volkes viel gethan. Hätten die Schauenburgischen Jahrhunderte länger gedauert, sie hätten das Land

aufreiben müssen, so wie sie Dänemark aufgerieben hätten. Der lange Friede zog die hohe Culturfähigkeit des Landes an's Licht, und das nicht eines kriegerischen Adels mehr bedürftige Fürstenhaus sorgte für Entwicklung des Bauernstandes und Befreiung desselben vom Drucke kleiner Tyrannen. Freilich ging auch die alte aristokratische Verfassung in den Zänkereien mit dem Gottorfer Hause zu Grunde. Allein eine seltene Beförderung der echten Bildung im Volke legte den sichersten Grund für eine aufgewecktere Zukunft und die Basis für ein besseres Bindemittel zwischen Fürst und Volk. Als vor 17 Jahren der edle Frise Lornsen dem allgemeinen damals noch schlummernden Verlangen nach politischer Wiedergeburt Worte gab, erkannte der für alles Gerechte so empfängliche Friedrich VI., wie gerecht seines Volkes Wunsch war, und berathende Stände gaben der Stimme des Volkes zuerst wieder einigermaßen den Ausdruck, auf dessen Achtung sie so hohen Anspruch hat. Seit der Zeit haben, besonders unter seinem hochgebildeten Nachfolger, die großen bisher schlummernden Fähigkeiten der Herzogthümer nach allen Seiten hin auf eine wunderbar schnelle Weise sich entwickelt und in wenigen Jahren — es ist unverkennbar — erzeugte sich in ihrer Mitte der Anbeginn einer geistigen Revolution. Nicht wenig die alte Bequemlichkeit aufzustören, hat der mit allem andern geistigen Leben zugleich miterwachte Kampf der beiden Nationalitäten gewirkt, seit man auf den unglücklichen Gedanken gerieth, die dänische Nationalität an ihren Grenzen zu stärken, gleich als wolle man recht zwei sich schroff berührende Gegensätze hervorrufen, um für alle Zeit inneren Zank und Unfrieden zu haben. In Schleswig, wo, durch die Schlawheit der vergangenen Jahrhunderte gefördert, das dänische und deutsche Element ihre contrastirende Schärfe verloren hatten und in versöhnlicher Schwäche in einander verschwommen waren, wird jetzt durch eifrig von der Regierung geförderte Pflanzanstalten das dänische Element mit neuer Kraft beseelt, so daß kein Zweifel ist, daß der Zusammenstoß beider Nationalitäten im Innern des Staates immer herber und schneidender wird. Schon gleich anfangs war eine kräftige Reaction der früher vielfach niedergetretenen deutschen Nationalität davon die nächste Folge und die fernere das Neuerwachen des Bewußtseins von der alten Selbständigkeit der Herzogthümer, dem die Stände, vorzüglich unter der Leitung des Grafen Friedrich Reventlou und des Abgeordneten Beseler, den kräftigsten Ausdruck verliehen. Das drohende Gespenst der unerledigten Erbfolgefrage, deren Zweifelhaftigkeit selbst die Regierung in dem bekannten offenen Briefe einräumte, trat fördernd zu den schon wach gewordenen Mißverhältnissen hinzu und entflamte noch durch den Reiz der Furcht und der Hoffnung die bereits erhitzten Empfindungen. Selbst beschwichtigende Versicherungen der Regierung mußten machtlos verhallen; da Männer, die notorisch den Rechten und Ansprüchen der Herzogthümer abgeneigt waren, wie z. B. Bang, Ussing und selbst Lehmann, mit Ämtern begnadigt wurden

und so die den Ansprüchen der Herzogthümer feindliche Gesinnung eine Stufe zu Ehrenstellen zu werden schien, während gegen Männer von entgegengesetzter Denkungsart eine persönliche Zurücksetzung, ja sogar beklagenswerthe Verfolgung nicht ausblieb. Die großen Gefühle, welche trotz aller scheinbaren Leitung Einzelner Geschichte machen und Personen wie Ereignisse tragen, Liebe und Haß, Zuneigung und Abneigung, Nationalstolz, historische Erinnerung, Billigkeitssinn, verletztes Selbstgefühl, sie ergossen sich stromweise in das geistige Leben Schleswig-Holsteins, welches bis vor nicht langer Zeit noch in der unerträglichsten Eintönigkeit dahinsumpfte, und mit der, Gefühlen eignen, Widerspenstigkeit gegen Zwang reagierten sie gegen jede Dämpfung nur mit so höherem Aufwallen oder um so tiefer fressender Schärfe.

... So steht denn Schleswig-Holstein gegenwärtig auf einer wunderbaren, obgleich höchst anziehenden Stufe seines geschichtlichen Daseins, indem zwei Gestalten, die eine licht, die andere trüb, unter sich im schneidenden Zwiespalt zusammen es bewegen und so auf's Seltsamste in widersinniger Gleichgültigkeit der Tod neben dem Leben herrennt.

Aus H. Biernatzki: Schleswig-Holstein

Kultur in Schleswig-Holstein

I

Als 1945 das Deutsche Reich zerfiel und bald darauf die heutigen Bundesländer entstanden, verwirklichte sich durch das Land Schleswig-Holstein auch eine politische Vorstellung der deutschen Schleswig-Holsteiner des neunzehnten Jahrhunderts. Freilich aus Ursachen und unter Umständen, die für vergangene Generationen unvorstellbar gewesen sind! Nachdem nun eineinhalb Jahrzehnte vergangen sind, kann festgestellt werden, daß dieses Land Schleswig-Holstein — erstmals in der Geschichte mit echtem eigenstaatlichen Leben erfüllt — seine Lebensfähigkeit bewiesen hat. Von der konstruktiven politischen Kraft, von dem Wirtschaftspotential dieses im Start mit so schweren Hypotheken belasteten Landes legen die einzelnen Beiträge dieses Heftes Zeugnis ab.

Auch auf dem Gebiete des kulturellen Lebens kann von schöpferischen Kräften, von organisatorischen Leistungen und von dem gelungenen Versuch, dem Lande ein eigenes Gesicht zu geben, gesprochen werden. An eine Aufzählung dieser Kräfte und Leistungen im einzelnen können wir an dieser Stelle nicht denken, jedoch soll darauf hingewiesen werden, daß einen weit über die Grenzen Schleswig-Holsteins und Deutschlands wirkenden künstlerischen Beitrag dieses Landes Emil Nolde mit seinem bildnerischen Werk darstellt, wobei daran erinnert werden darf, daß zwar der große Maler das entscheidende Interesse beansprucht, daß aber nicht weniger bedeutend der Schriftsteller Emil Nolde ist — und daß gerade der Schriftsteller Nolde Dinge gesagt und getan hat, die interessant für die Beurteilung Schleswig-Holsteins in seiner Mittlerstellung zwischen Deutschland und Dänemark sind. Literarisch traten vor und nach 1945 Wilhelm Lehmann und Friedrich E. Peters in besonderer Weise in das Blickfeld der Öffentlichkeit und zeigten in ihren Versen und ihrer Prosa, auf welche Art der Mensch in unserer Zeit und unter unseren Breitengraden die reale Welt in Geist verwandelt. Der besondere geistige Spannungsreichtum unserer Kulturlandschaft offenbarte sich, als dem aus der Nähe von Flensburg stammenden Dichter Willy August Linnemann, der zur dänischen Bevölkerungsgruppe gehört, große Anerkennung durch die Verleihung eines dänischen Literaturpreises zuteil wurde. In der Musik gilt der alte Satz, daß Holstein nicht singt, was aber die interpretierenden Kräfte des Landes nicht hindern kann, immer neue bedeutende Leistungen mit den Möglichkeiten der drei großen Kulturorchester, die im wesentlichen von den drei großen Städten des Landes getragen werden, zu vollbringen. Für das Nordmark-Sinfonie-Orchester in Flensburg gilt im

besonderen, daß es nicht nur eine wichtige Institution und Pflegestätte für die Musik in der Grenzstadt und im Leben der Deutschen in Nordschleswig ist, sondern daß es auch in zunehmendem Maße ein Faktor in der kulturellen Wechselwirkung zwischen Deutschland und Dänemark geworden ist.

Wenn so von den schöpferischen Kräften im Geistesleben unseres Landes gesprochen werden kann, dann darf gleichzeitig festgestellt werden, daß die verschiedenen Landesregierungen vom ersten Tage an bedacht haben, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt. Von der organisatorischen Arbeit des Landes auf dem Gebiete des Schulbaus, der Förderung aller Schularten überhaupt, von der Pflege der Wissenschaften, der Förderung der Erwachsenenbildung auf dem Gebiete der Volkshochschulen und insbesondere der öffentlichen Büchereien und von anderen Dingen legt die Schrift „Kulturarbeit in Schleswig-Holstein“ ein beredtes, eindrucksvolles Zeugnis ab. In den Berichten dieser Darstellung der Landesregierung spiegelt sich in Zahlen und Daten eine unerhört große organisatorische Leistung aller beteiligten Kräfte, eine Leistung, die aus der Überzeugung der Parlamente und der Fachleute entstand, daß gerade in Notzeiten baldigst die Voraussetzungen zu schaffen seien, damit die Schulkinder, damit die Bürger in die Lage versetzt würden zu lernen, sich zu bilden — kurz: ein Leben mit einem Inhalt zu führen, der über die Notwendigkeiten des Tages hinausweist.

II

Nun — alles dies hat Schleswig-Holstein sicher mit anderen deutschen Ländern gemeinsam. In diesen Wochen der Erinnerung an so viele Gedenktage schleswig-holsteinischer Geschichte fragen wir nach der Besonderheit dieses Landes in kultureller Beziehung. Auch hier können wir nicht an Aufzählungen von Einrichtungen und Veranstaltungen denken, vielmehr nur anzudeuten versuchen, wie es um das Besondere bestellt ist. Wenn wir von dem Besonderen in Schleswig-Holstein sprechen, bedeutet dies wiederum, daß Schleswig-Holstein nur einen Teil des ganzen deutschen Kulturlebens darstellt, und daß natürlich die Grundelemente des Geisteslebens der Gegenwart auch in unserem Lande wiederkehren. Es war bezeichnend, daß auf den „Flensburger Tagen“ 1955 eine Debatte über die Kulturkrise der Gegenwart nicht zustande kam, weil die dänische Seite schwieg. Offenbar werden gewisse Dinge des modernen Geisteslebens in Dänemark nicht in der gleichen Weise als krisenhaft empfunden wie in Deutschland, aber sicher wird man überall in Europa einer Feststellung Jakob Burckhardts zustimmen, wenn er in seinen weltgeschichtlichen Betrachtungen einmal sagt, daß unser Leben ein Geschäft, während das Leben im Mittelalter ein Dasein gewesen sei. Das Gesamtvolk hätte damals kaum existiert, aber das Volkstümliche hätte geblüht. Hier dürfte der Kern bloßgelegt

sein. Zu allen Zeiten hat es sicher das Philistertum gegeben, und nicht immer ist es die gute alte Zeit gewesen, in der alles geistig bedeutend war, während in der Gegenwart alles grau und öde ist. Hier muß man sich vor optischen Täuschungen hüten. Aber wir folgen Jakob Burckhardt weiter, wenn er von dem heutigen, auf Erwerb bedachten und hektisch betriebsamen Kulturmenschen sagt, daß er gern geschwind recht vieles mitlernen und mitgenießen möchte, das Beste aber mit Schmerzen anderen überlassen muß. Freilich: dies ist eine Feststellung. Es liegt an dem einzelnen heute, ob er es anderen überlassen will, für ihn gebildet zu sein. In Burckhardts Worten steckt die Sorge um das geistige Tun des einzelnen, die Sorge um die geistig durchgestaltete Welt, die der einzelne für sich aufzubauen hat, weniger die Sorge, ob er sich eine aufbauen kann, als die, ob er bereit ist, sich eine aufzubauen. In allen unseren Schulen, in den Volkshochschulen, in den Akademien wird von dieser Grunderkenntnis aus gehandelt. Man bemüht sich, den einzelnen Menschen anzuregen, ein denkender Mitbürger zu werden.

1848 sprach Johannes Biernatzki davon, daß es eine große, erhabene Aufgabe sei, die einzige deutsche Halbinsel zu sein. Wie seine Zeitgenossen stand auch er unter dem Eindruck der Strömungen seiner Zeit, und es ist nicht zu bestreiten, daß gemessen an der geistigen Atmosphäre des dänisch-deutschen Gesamtstaats, die Atmosphäre des neunzehnten und fast die ganze erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts trüb und unerfreulich gewesen ist. Die Politik allein bestimmte das Feld, und zwar in einer ihrer unerfreulichsten Erscheinungen. Nach sehr vielen Verirrungen des politischen wie aber auch des geistigen Lebens im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert wird langsam, aber stetig eine Veränderung deutlich, die eine wirkliche Klärung und Vertiefung des geistigen Lebens nach innen in unserem Lande bedeutet und in unserem schleswig-holsteinischen Falle mit den Beziehungen zu Dänemark etwas echtes Neues darstellt. Worin besteht das Neue? Man kann es so ausdrücken: Man spricht wieder miteinander. Im achtzehnten Jahrhundert war das Leben ein Dasein, man denke an die Bernstorffs, an H. C. Andersen, an die Emkendorfer, im neunzehnten kamen Dünkel und damit Vereinsamung in das Bild. Dies war weder bedeutend noch würdig. Es folgten die Katastrophen der großen Kriege mit all den Begleiterscheinungen, die sowohl das Leben des einzelnen als auch der Nationen vergiften. Viel guter Wille, viele Kenntnisse, viel Takt auf beiden Seiten führten schneller, als zu hoffen war, zu einer wirklichen Verbesserung der geistigen und der politischen Beziehungen der beiden Länder. Vieles bleibt noch zu tun, aber es wurden richtige Wege gefunden. Wir dürfen heute feststellen, daß die Grenzakademie Sankelmark wie auch die dänische Zentralbücherei in Flensburg Kulturinstitutionen von weittragender Bedeutung geworden sind. Beide strahlen stärkste Kräfte in das eigene Lager, beide aber wirken auch in den Bereich des Partners hinein, nämlich desjenigen, der sich auch mit dem Wesen des Nachbarn

vertraut machen will. Insbesondere darf jedoch der Grenzfriedensbund für sich beanspruchen, daß er zu einem sehr frühen Zeitpunkt die Möglichkeit intensiver Aussprachen zwischen Dänen und Deutschen schuf. Seine Veranstaltungen wie auch die der Grenzstadt Flensburg — die Flensburger Tage — waren von dem Willen zur objektiven Orientierung und zur Fairneß geprägt. Auch andere Organisationen haben in dieser Richtung gearbeitet. Daß aber die Städte im Grenzland nunmehr Schrittmacher in der Vertiefung der geistigen Beziehungen geworden sind, läßt es ebenso wie der Stil, den die Landesregierung bei der Ripenfeier zeigte, zu, daß wir von dem Neuen sprechen. Die Presse beider Länder und nicht zuletzt der Rundfunk waren kluge Helfer. Die berühmten Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Im Zusammenhang mit einer sehr positiven Würdigung des Apenrader Planes dänisch-deutscher Grenztage schreibt Morten Kamphøener in „Jydske Tidende“ die treffliche Bemerkung: „An den europäischen Grenzen, also nicht nur an der dänisch-deutschen, beginnt eine Atmosphäre des gegenseitigen Respektes sich zu bilden, die mit einem wachsenden Interesse für die gegenseitigen Kulturen vereint ist.“ Dieser Respekt und dieses Interesse sind das Neue, das es zu pflegen und zu diskutieren gilt.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Standorte Schleswig-Holsteins

Schleswig-Holstein war bis zum Jahre 1864 aus seiner sehr abwechslungsreichen geschichtlichen und recht komplizierten staatsrechtlichen Entwicklung heraus, die Handel und Gewerbe nicht immer förderlich war, ein Grenz- oder, besser gesagt, ein Zwischenland. Durch die Eingliederung in den preußischen Staatsverband erhielt das Land, in dem manche Einwohner seinerzeit über die preußische Lösung durchaus nicht glücklich waren und die Errichtung eines deutschen Bundesstaates schon damals vorgezogen hätten, doch starke und gesunde Impulse für eine gewerbliche und industrielle Entwicklung. Bis dahin war es ein rein agrarisches Gebiet. Seine Aufgaben in dem damals schnell aufblühenden Deutschen Reich waren in erster Linie verbunden mit dem Ausbau der deutschen Werften. Während dieser Werftausbau in Kiel vorwiegend seine Impulse durch die Kriegsmarine erhielt, konnten aber auch die anderen großen Seeplätze, insbesondere Flensburg und Lübeck, an dieser Entwicklung positiv teilhaben. Mit dem Ausbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals, mochte er damals auch in erster Linie militärischen Interessen gelten, trat dann am Ende des 19. Jahrhunderts Schleswig-Holstein aus seiner bisherigen Weltabgeschiedenheit immer mehr heraus und bekam Kontakte mit Europa und der übrigen Welt — letzten Endes ein Ergebnis der Aufnahme des Landes in einen größeren und kapitalkräftigeren Staatsverband. So galt denn — und dies verdient festgehalten zu werden — Schleswig-Holstein über den ersten Weltkrieg hinweg als eine wirtschaftlich gesunde und zuverlässige Provinz im gesamtdeutschen Wirtschaftsraum. Ungünstiger stellte sich allein die Situation im engeren Flensburger Bezirk und in der Stadt Flensburg selbst. Dieses Gebiet wurde durch die Ausgliederung Nordschleswigs im Jahre 1920 von einem mit ihm seit Jahrhunderten zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammengewachsenen Raum getrennt. Die Trennungslinie verlief nunmehr unmittelbar vor den Toren der Stadt Flensburg. Es lag nahe, daß dieses Restgebiet damit nur teilweise den Anschluß an neue Verbindungen nach Süden fand. Die Flensburger Rumindustrie gehört zu denen, die diese Neuorientierung zu einem Erfolg gestalten konnten. Von der Sonderlage dieses Grenzraums abgesehen, dessen wirtschaftliche Schwierigkeiten bis heute nicht voll behoben werden konnten, gründete sich jedoch ein wachsender Wohlstand auf den günstigen Liefer- und Absatzverhältnissen in Verbindung mit dem noch ungetrennten und wirtschaftskräftigen Reichsgebiet. Sichtbaren

Ausdruck fand dieser wachsende schleswig-holsteinische Wohlstand in der seinerzeit überdurchschnittlichen Höhe der Sparguthaben. Immer noch stand dabei das agrarische Schaffen im Vordergrund. Hierauf aufbauend, hat sich schon seit Jahrzehnten eine standortgünstige und damit wettbewerbsfähige Ernährungsindustrie entwickelt, die immer einen entscheidenden Anteil am Industriepotential des Landes behalten wird.

Die fundierte und solide Wirtschaftsentwicklung Schleswig-Holsteins wurde durch den Zusammenbruch von 1945 jäh unterbrochen. In ein Land, das bis dahin Lebensmöglichkeiten für eine Bevölkerung von 1,5 Mill. bot, strömten fast 1,2 Mill. Flüchtlinge aus den östlichen Provinzen. Ihre völlige Mittellosigkeit stellte das Land vor fast unlösbare Probleme. Während dieses Mal Flensburg von unmittelbaren Kriegsschäden praktisch verschont blieb, waren die beiden größten Städte, Kiel und Lübeck, nicht nur durch Luftangriffe zum größten Teil zerstört, sondern in den ersten Nachkriegsjahren durch Demontage und Schiffsbauverbote ihrer Erwerbsgrundlagen weitgehend beraubt. In dieser ungünstigen Ausgangssituation schnellte in Lübeck die Zahl der Einwohner von 150 000 auf fast 250 000. Die Stadt Kiel mußte trotz der über sie ergangenen Demontagen und umfangreichen Kriegszerstörungen Unterkunft und Arbeitsplätze für eine Bevölkerung anstreben, die zahlenmäßig bald wieder den Vorkriegsstand erreichte. Das flache Land und die kleineren Städte wurden stark mit Flüchtlingen belegt, ohne dabei auch annähernd für die räumliche, hygienische, versorgungstechnische und schulische Betreuung ausgerüstet zu sein. So schien es in den ersten Nachkriegsjahren fast, als ob diese Belastung das Land in eine wirtschaftliche Katastrophe führen würde, deren politische Folgen für den Aufbau des westdeutschen Bundesstaates unabsehbar gewesen wären. Dabei muß aber an dieser Stelle der großen und kleinen Kommunen gleichermaßen gedacht werden, die in dem großen staatsrechtlichen und staatlichen Zusammenbruch die einzigen Stellen des öffentlichen Lebens waren, deren Weiterfunktionieren eine Lösung der hier aufgezeigten Probleme überhaupt erst ermöglichte.

Dem Schicksalsschlag und der völligen Unklarheit über die weitere politische Entwicklung Deutschlands zum Trotz galt es, alle Chancen zu nutzen. Es war nicht nur Ersatz für die früher bestehenden demontierten und zerstörten Arbeitsplätze zu schaffen, sondern es galt, im ganzen Land dort Erwerbsmöglichkeiten aufzubauen, wo die Flüchtlinge Unterkunft gefunden hatten und damit zwangsläufig auch Einkommensmöglichkeiten finden mußten. Die damaligen Verkehrs- und Finanzverhältnisse erlaubten es anfänglich kaum, beweglich zu bleiben und an geeigneteren Plätzen innerhalb des Landes oder gar im Bundesgebiet Arbeit aufzunehmen. Es stand zwar vom ersten Tage an fest, daß am Ende Hunderttausende von Flüchtlingen das Land wieder verlassen würden. Ebenso sicher war jedoch, daß man sich darauf einzurichten hatte, 500 000 bis

700 000 Menschen seßhaft zu machen, d. h. einen Bevölkerungszuwachs, wie er in keinem anderen Bundesland erreicht wurde. Im Vertrauen auf die Wiedergesundung des Landes und seine wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten wurde in mühevoller Anstrengung bis zum Jahre 1960 ein Ergebnis erreicht, das zu der Hoffnung berechtigt, daß unser Land den schweren Schicksalsschlag als wirtschaftliche Chance genutzt und damit einen echten Beitrag zur Konsolidierung der Nachkriegssituation in und für Europa erbracht hat.

*

Im Laufe der fünfzehn Nachkriegsjahre hat sich das wirtschaftliche Gesicht Schleswig-Holsteins entscheidend gewandelt. Dabei haben sich durch den Ausbau der gewerblichen Wirtschaft, d. h. der Industrie, des Handwerks und der Verkehrswirtschaft, die Verhältnisse zwischen gewerblicher Wirtschaft und Landwirtschaft erheblich verschoben. Nur noch etwa 16 bis 17 Prozent der Erwerbstätigen, einschließlich der mitarbeitenden Angehörigen, sind heute in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei sowie verwandten Zweigen beschäftigt. Selbstverständlich stellt nach wie vor die Ernährungsindustrie das große werteschaaffende Bindeglied zur eigentlichen Landwirtschaft dar. Ganz offensichtlich wird man im Lande immer auf eine rentierliche, lieferfähige und sich technisch vervollkommnende Landwirtschaft größten Wert legen müssen. Durch die Wiederfreigabe des Schiffbaues, die Heranziehung zahlreicher neuer Betriebe, die z. T. sogar auf dem flachen Land dort angesetzt werden konnten, wo schöpferischer Sinn, Standortvorteil oder Lohnintensität es rechtfertigten, ist heute eine mannigfaltige Industrie entstanden, von der einzelne Produktionen sogar ungewöhnlich hohe Anteile an der deutschen Gesamtproduktion aufweisen. Entscheidend war für die Industriegewirtschaft, daß Schleswig-Holstein seine natürlichen Standorte für den Schiffbau nach 1950 ständig besser nutzen konnte, nachdem die Schiffbauverbote für größere Einheiten allmählich gelockert und schließlich aufgehoben wurden. Das Land beherbergt nicht nur Großwerften in Kiel, Flensburg und Lübeck. Von Rendsburg über Husum bis hinunter nach Lauenburg sind auch zahlreiche leistungskräftige mittlere und kleinere Werften ansässig. Sie bilden das Rückgrat einer über das ganze Land verteilten metallverarbeitenden Industrie. Gerade deren Produkte haben weit über den binnenwirtschaftlichen Bedarf hinaus Absatz in Europa und in der übrigen Welt gefunden. Das gilt für die eigentliche Maschinen- und Apparateproduktion ebenso wie für Stahlbau, Elektroindustrie und die Gießereien. Die Nachkriegszeit hat auch eine Verstärkung bei den feinmechanischen und optischen Betrieben gebracht. Ein großer Teil der Industriebetriebe mußte auf einer lohnintensiven Fertigung aufbauen, um die durch die Nachkriegsverhältnisse besonders fühlbar werdenden Frachtnachteile der Marktferne beim Absatz auf den verbleibenden

westdeutschen Märkten durch besonders hochwertige Erzeugnisse ausgleichen zu können.

Die altansässige, standortmäßig über das ganze Land verteilte Ernährungsindustrie umfaßt Betriebe der Obst- und Gemüseverarbeitung, der Fleischwarenproduktion, der Milch- und Zuckerverarbeitung sowie namhafte Werke der Süßwaren- und Spirituosenindustrie und des Braugewerbes. Auch Mühlen und Brotfabriken haben bisher noch ihre Position behaupten können.

Traditionell sind selbstverständlich auch der Fischfang und die darauf aufbauende Fischindustrie. Der Zwang, Flüchtlinge, insbesondere auch Flüchtlingsfischer unterzubringen und andererseits die Ernährungslage sicherzustellen, hat schon bald nach dem Kriege zu einer erheblichen Verstärkung dieses Wirtschaftszweiges geführt. Die betroffenen Sparten konnten sich auf einen erst in der Nachkriegszeit geschaffenen Seefischmarkt in Kiel ebenso stützen wie auf eine dort aufgebaute Hochseefischerei, die eine notwendige Ergänzung zu der ganz erheblich erweiterten Kutterfischerei darstellt.

Im ganzen hat also die Nachkriegszeit auch in der Ernährungswirtschaft eine ganze Reihe von neuen Betrieben in Gang gesetzt, die auf der organischen Grundlage der landwirtschaftlichen Rohstoffe aufbauen konnten. Daß das Land seine wenigen natürlichen Chancen in Verbindung mit Boden, Klima oder geographischer Lage zu nutzen verstand, zeigt sich an den Baumschulen, die besonders in den Gebieten Pinneberg und Steinburg bestehen und die eine hervorragende Stellung in der europäischen Gesamterzeugung einnehmen.

Bekanntlich konnten auch die Kreidevorkommen im Raum Itzehoe-Lägerdorf genutzt werden. Sie haben den Aufbau einer umfangreichen und exportwichtigen Zementindustrie ermöglicht. Weniger bekannt ist vielleicht, daß auch in dem einzigen Großbetrieb der eisenschaffenden Industrie, dem Metallhüttenwerk in Lübeck, eine Rohstoffbasis für die Zementherstellung auf der Grundlage der Hochofenschlacke geschaffen werden konnte. Die hiesige, überdurchschnittlich starke Ziegelindustrie gründet sich auf Tonvorkommen, während die aus der eiszeitlichen Endmoränenlandschaft stammenden Sandsteinablagen die Entstehung zahlreicher Kalksandsteinfabriken ermöglichten. Eine spezielle Note erhielt das Land durch den Aufbau der Ölindustrie — einer Industrie also mit besonderen Zukunftsaussichten —, deren Schwerpunkte um Heide liegen. Die damit verbundenen Anlagen der Mineralöl- und Asphalterzeugung entstanden in Brunsbüttelkoog. Die Entwicklung in diesem Industriezweig hat am gleichen Ort einen modernen Ölhafen hervorgebracht.

Die Textilindustrie hat nicht nur ihren traditionellen Platz in Neumünster behalten. Heute sind über das ganze Land verteilt Strickereien und Webereien, insbesondere auch Strumpffabrikationen errichtet worden. Die papiererzeugende Industrie hat sich dort angesiedelt, wo die seeseitige Anfuhr von Rohstoffen

ebenso möglich ist wie eine frachtgünstige Absatznähe. Dabei hat insbesondere der Hamburger Raum entscheidende Bedeutung. Die auch schon früher in Schleswig-Holstein ansässigen Betriebe der chemischen und keramischen Industrie haben sich gut entwickeln können. Kunststoff-, glas- und schmuckherstellende Betriebe sind Nachkriegsgründungen mit einem besonders hohen Einsatz von Flüchtlingen, die hier Spezialerfahrungen mitbrachten. Die im ganzen von der Industrie her entscheidend geprägte gewerbliche Wirtschaft hat im Handwerk eine organische und leistungsfähige Ergänzung und Unterstützung gefunden.

Diese Grundlagen der gewerblichen Wirtschaft bedürfen aber noch der Ergänzung durch eine Reihe weiterer wirtschaftlicher Leistungen, die in ihrer Gesamtheit als Voraussetzungen für Produktion und Funktionsfähigkeit einer Region immer unentbehrlicher werden. So hat die vorausschauend geplante Stromversorgung mit der Entwicklung bisher Schritt zu halten vermocht. Die Frage der Auswirkung des Kohlebezuges auf die Frachtkostenbelastung beeinflußt die Struktur des Landes über das Kapitel der Energieerzeugung hinaus bis heute nachteilig.

In einer Verbraucherwirtschaft dürfen selbstverständlich der Einzel- und der Großhandel als wichtige Bindeglieder zwischen Produktion und Verbraucher nicht vernachlässigt werden. In beiden Sparten wird in unserem Lande deutlich sichtbar eine Rationalisierung angestrebt, die bessere Wettbewerbsgrundlagen sichert. In diesem Zusammenhang darf der Hinweis nicht fehlen, daß gerade Schleswig-Holstein über ein gutgegliedertes Banken- und Sparkassensystem privater und öffentlich-rechtlicher Art verfügt, dem sich, insbesondere mit den Schwerpunkten in Lübeck und Kiel, ein ebensogut aufgezogenes Netz von privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherungen an die Seite stellt.

Ein Land, das in Ost und West über zwei lange Wassergrenzen verfügt und in dem Förden und Flußläufe schon vor langer Zeit den Ausbau von Häfen ermöglichten, wird naturgemäß auf eine entsprechend starke Schifffahrt nicht verzichten. Das Reedereiwesen hat nach dem Kriege — durch staatliche Maßnahmen unterstützt — einen erheblichen Aufschwung genommen und verfügt heute über einen beträchtlichen Anteil an der deutschen Tonnage. In unserem Lande — dem Brückenland im Verkehr mit dem nördlichen Europa — dessen Absatzgebiete nach Süden erst in größerer Entfernung zu erreichen sind, ist eine Produktion ohne einen Landverkehr aber nicht denkbar. Eben dieser ist die Grundlage für zahlreiche Unternehmungen des gewerblichen Güterfernverkehrs und eines ausgedehnten Omnibuslinienverkehrs für die Personenbeförderung. Daß mit dieser zusätzlichen Verkehrsintensivierung der Ausbau unseres Straßennetzes immer vordringlicher wird, liegt auf der Hand. Allerdings ist auch auf diesem Gebiet sowohl für die sogenannten Europa-Durchgangsstraßen wie auch für die Querverbindungen von Westen nach Osten und für das übrige Straßennetz nach

dem Kriege viel getan worden, obwohl die Mittel des Landes beschränkt sind. Ein Vergleich mit dem Nachbarland Dänemark ist selbstverständlich noch nicht möglich.

Im modernen Leben gewinnt die Freizeitgestaltung immer größere Bedeutung, und damit erhält der Fremdenverkehr im Wirtschaftsleben ständig größeres Gewicht. Schleswig-Holstein beginnt, dem Fremdenverkehr — der sogenannten „Weißen Industrie“ — über die bekannten Seebäder an der Nord- und Ostseeküste hinaus neue Erholungsgebiete zu erschließen. Nachdem das Verlangen nach Ruhe in der Urlaubs- und Freizeit immer stärker wird, dürften hier noch viele Chancen wahrzunehmen sein. In Schleswig-Holstein nimmt der Zustrom aus- und inländischer Gäste von Jahr zu Jahr zu. Alle, denen das wirtschaftliche Schicksal Schleswig-Holsteins anvertraut worden ist, werden hier auch in Zukunft ein weites Feld der Betätigung finden.

*

Das Land ist also nach einer fünfzehnjährigen Nachkriegsentwicklung, in der es den Unterhalt für eine erheblich größere Bevölkerung zu sichern galt, in die Vielfalt und Dichte einer Wirtschaft hineingewachsen, die mit der der Vorkriegszeit nicht vergleichbar ist. Gleichzeitig wurde aber das Land empfindlicher für alle Weichenstellungen, die im Rahmen der westdeutschen oder darüber hinaus der europäischen oder gar der Weltpolitik erfolgen. Es muß sich darauf einstellen, seine Situation innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nüchtern zu sehen. Schleswig-Holstein wird innerhalb Europas wiederum in einer Randlage bestehen müssen, solange die bisher für sich zusammengeschlossenen skandinavischen Staaten, England, Österreich, die Schweiz und Portugal — die sog. „EFTA“-Staaten — nicht in den Verband einer großen europäischen Freihandelszone einbezogen sind. Das Land befindet sich gerade mit den skandinavischen Staaten — darüber hinaus aber auch mit der übrigen Welt — in einem starken Austausch, der umsatzmäßig über das hinausgeht, was von Schleswig-Holstein in den EWG-Raum exportiert wird. Deshalb sind wir in diesem nördlichsten Bundesland mehr als in allen anderen Bundesländern daran interessiert, bald zu einer vernünftigen Regelung zu kommen, einer Regelung, die ein Auseinanderfallen der beiden großen europäischen Wirtschaftszonen EWG und EFTA verhindert. Diese beiden von Natur aus zusammengehörenden Partner Europas müssen möglichst schnell wieder aufeinander zu kommen, damit die Warenströme nicht endgültig aus ihrer gewohnten und natürlichen Richtung abgelenkt werden. Die Lage des Landes zwischen den Meeren hat sich gefestigt, und das Land hat sich sozusagen als ein wirtschaftsfähiger europäischer Teilraum legitimiert, in dem die strukturellen und insbesondere technischen Entwicklungen auf lange Sicht standortbegünstigenden Einfluß gewinnen werden. Um so mehr gilt es, politischen und wirtschaftspolitischen Tendenzen entgegenzutreten, die die

Aufgabe, die dieses Land als Brücke zu unseren nördlichen Nachbarn hat, gefährden könnten.

Die soziale Aufgabe und Leistung des Grenzfriedensbundes

Die grenzpolitische Situation 1945 zeigte mit erschreckender Deutlichkeit, daß mit den herkömmlichen Mitteln und Methoden Volkstumsarbeit nicht mehr zu leisten war. Und da die bisherigen Grenzverbände auch nach 1945 versäumten, Fühlung aufzunehmen mit jenen Schichten, die man bisher auf ihre Volkstumsbindungen nicht angesprochen hatte, die aber auf nationalem Gebiet besonders anfällig waren (die breiten Schichten der städtischen und ländlichen Arbeitnehmer, der Kleinverdiener, der Arbeitslosen, der Rentner und Unterstützungsempfänger), mußte eine Grenzorganisation entstehen, die den Zusammenhang zwischen der sozialen Situation des einzelnen und seiner nationalen Haltung nicht leugnete, die nicht ohne weiteres glaubte, daß bisherige nationale Bindungen ausreichten, dem eigenen Volke die Treue zu halten.

Das entscheidende Motiv bei der Entstehung des Grenzfriedensbundes mußte daher der Wille sein, eine bessere soziale Situation sowohl für das Grenzland als auch für den einzelnen zu schaffen. Nur damit konnte verhindert werden, daß Menschen aus Not ihr Volkstum aufgaben.

Wenn es heißt, jeder einzelne soll frei über seine nationale Zugehörigkeit entscheiden können, dann muß er vorher auch wirklich frei sein, also auch frei von der Not und Sorge, frei von der Angst um die Existenz, frei von dem Gefühl, der letzte in seinem Volke zu sein. Eine Entscheidung, die aus sozialen Überlegungen und Berechnungen erfolgt, die abwägt, wo die soziale Situation besser ist, wo mehr soziale Geborgenheit gewährt wird, ist keine freie Entscheidung. Sie ist eine Entscheidung, die von der Zweckmäßigkeit bestimmt wird, und hat daher nicht viel Wert.

Es kam also darauf an, die schlechte soziale Situation als Beweggrund der Veränderung der nationalen Zugehörigkeit, des Überwechsels zum anderen Volkstum, zu beseitigen. Das mußte in erster Linie Aufgabe des Staates sein. Aber wir alle wissen heute noch, wie es um den Staat bestellt und wieweit er dazu in der Lage war. Das war eine Aufgabe, die nur jene erfüllen konnten, die in diesem Grenzlande lebten und erkannten, was alles nottat.

*

Es wird heute noch darüber gestritten, was denn „sozial“ ist und ob man diesen Begriff nicht zu weit auslegt. Nun, wenn das Wort „sozial“ genau mit „gesellschaftlich“ zu übersetzen ist, dann ist eine soziale Situation auch mit einer

gesellschaftlichen Situation gleichzusetzen.

Eine gesellschaftliche Situation ist für den einzelnen immer unterschiedlich. Befindet er sich in einer schlechten gesellschaftlichen Situation, so kann er mit den Mitteln der Politik um eine bessere gesellschaftliche Situation kämpfen.

Im Grenzland besteht jedoch die Gefahr, daß er sich zu einem anderen Volkstum bekennt. Wenn wir aber alle ihm dabei helfen, seine gesellschaftliche Situation in der Gesellschaft zu verbessern, in der er lebt, dann wird er kaum diesen Schritt tun.

Zur sozial guten Situation des einzelnen gehört nicht nur, daß er satt zu essen und zu trinken hat und daß seine wirtschaftliche Existenz gesichert ist, sondern daß er als gleichberechtigtes Glied der Gesellschaft teilhat und teilnehmen kann an allen kulturellen Leistungen und Einrichtungen, und vor allem, daß er von jedem als wertvolles Glied seiner Gesellschaft geachtet und behandelt wird. Zum sozialen Wohlbefinden gehören auch, sich geborgen fühlen zu können in seinem Volke.

Daß die sozialen Leistungen im Grenzlande anders und umfassender und umfangreicher, persönlicher und oft originaler sein müssen als anderswo, ergibt sich allein aus zwei sozialen Erkenntnissen:

1. Soziale Gesetze werden nie so vollendet formuliert sein können, daß sie alle denkbaren sozial schlechten Fälle erfassen können. Aber gerade diese sind oft der Anlaß zur Unzufriedenheit mit seinem eigenen Volke und dürfen daher nicht unbeachtet und unerledigt bleiben.
2. Die Tatsache, daß die soziale Situation in zwei aneinandergrenzenden Staaten verglichen werden kann, zwingt zu sozialen Anstrengungen und Leistungen, die über das Übliche und allgemein Gültige hinausgehen. Das soziale Gefälle nach der einen oder anderen Seite hin ist der Unruheherd im Grenzland, der verhindert und ausgeschaltet werden kann.

Von diesen Grundüberlegungen aus ging der Grenzfriedensbund vor zehn Jahren an seine Arbeit heran, und er darf heute mit Stolz und Genugtuung feststellen, daß sie nicht ohne Erfolg blieb.

Zum mindesten das ist erreicht worden: Wer mit der Frage seiner nationalen Zugehörigkeit konfrontiert wird, braucht sie nicht mehr aus seiner sozialen Situation heraus zu beantworten. Heute weiß jeder, daß er in seiner sozialen Situation nicht alleingelassen wird.

Bei der Bewältigung dieser sozialen Verpflichtung helfen uns bereitwillig und tatkräftig die Lehrer aller Schulen und die Männer und Frauen der Orts- und Kreisausschüsse der Arbeiter-Wohlfahrt im Landesteil Schleswig.

Der Grenzfriedensbund war sich von Anfang an darüber klar, daß er keine Wohlfahrtsorganisation sein kann. Das wäre nach dem Vorhergesagten zu wenig. Deshalb bediente er sich bei der Erfüllung dieses Teils seiner Aufgaben

bestehender Einrichtungen und Möglichkeiten, in der richtigen Erkenntnis, daß Lehrer und in der freien Wohlfahrt tätige Mitbürger viel besser und deutlicher erfüllen und erkennen, was bei einer sozial schlechten Situation eines einzelnen notwendig ist, um ihm die Gewissensnot einer nationalen Entscheidung zu ersparen.

Hier ist ein Wort des großen Dankes an diese freiwilligen Mitarbeiter angebracht, das auszusprechen sich nicht nur der Grenzfriedensbund verpflichtet fühlen sollte. Wie sieht nun die Praxis der sozialen Arbeit des Grenzfriedensbundes aus? Nun, das weite Gebiet der Einzelbetreuung läßt sich aus der bisherigen Darstellung erahnen. Es ist zweifellos das schwierigste Gebiet und bedarf deshalb der sorgfältigsten Behandlung, um Mißdeutungen, aber auch Mißbräuche auszuschließen. Hier helfen uns Schulen, Arbeiter-Wohlfahrt und andere Stellen, das Richtige in der würdigen Form zu tun.

Wenn die Teilnahme an den Veranstaltungen mit gemeinschaftsbildendem Charakter auch zum sozialen Wohlbefinden gehört, dann sind es die Schulen, die für den einzelnen Teilnehmer am Anfang seines bewußten Lebens stehen. Niemand darf ausgeschlossen sein, nur weil die schlechte soziale Situation der Eltern es nicht erlaubt. So werden für die Einzel- und Großfahrten aller Schulen (aus Mangel an Mitteln leider nur den Abschlußklassen) Beihilfen gewährt für jene, denen die Aufbringung der Mittel schwer oder unmöglich ist.

Dasselbe gilt für Aufenthalte in Landschulheimen, wobei wir allen Schuljahren nach obigem Prinzip helfen können.

Auch Feierstunden und Elternabende aus Anlaß der Schulentlassung finden unsere finanzielle Unterstützung, wenn es nachweisbar am letzten Ende fehlt.

Turn- und Sportverbände bitten nicht umsonst, wenn sie bei Durchführung von Fahrten und Lagern oder bei der Beschaffung von Sportbekleidung Jugendliche darunter haben, denen die Teilnahme oder die sportliche Anschaffung aus wirklichem Mangel an Mitteln unmöglich ist. Ähnlich ist unser Verhältnis zu den Jugendbünden und -verbänden, jene Form jugendlicher Betätigung, die zur Heranbildung von Persönlichkeiten und befähigten Staatsbürgern bestens geeignet ist, deren wir doch so dringend benötigen.

Daß wir mit den Gewerkschaften guten Kontakt pflegen und das Gemeinsame in unserem Anliegen suchen (die Sozialpolitik auch für die Grenzlandbewohner wird in der Bundesrepublik gemacht) gehört zum Selbstverständlichen.

Wenn Weihnachten das Fest der Liebe ist, dann gehört der Vollständigkeit halber hinzu, daß es auch ein Fest der sozialen Liebe sein muß. Und besonders die Alten, die Gebrechlichen, die Alleinstehenden, die Kranken, sie alle müssen an diesem Tage den gesellschaftlichen Beistand ihres Volkes spüren. Und das tut der Grenzfriedensbund mit Hilfe der Arbeiterwohlfahrt.

Und genau wie hier unseren Alten, so helfen wir den Jungen, wenn sie am Tage

der Konfirmation (Schulentlassung) den wichtigen Schritt ins Leben tun und damit beginnen, ein soziales Wesen ihres Volkes zu werden.

*

Es war ein langer und schwerer Weg, den der Grenzfriedensbund mit dem sozialen Teil seiner Aufgaben bis heute gegangen ist. In vielen Gesprächen und Abhandlungen, unter ständiger Beobachtung der sozialen Situation im Grenzlande wurde um diesen Weg gerungen. Dabei blieb es nicht aus, daß er beföhdet, angefeindet, böswillig verleumdet und manchmal nur mißverstanden wurde. Dabei war das Schwierigste, die Erkenntnis durchzusetzen, daß die soziale Situation des einzelnen seine nationale Haltung und sein nationales Verhalten wesentlich beeinflussen kann. Diese Erkenntnis ist heute Allgemeingut geworden, sie gilt immer noch, und danach zu arbeiten bleibt immer noch die schönste und dankbarste Aufgabe des Grenzfriedensbundes.

Übersicht über die Verteilung der Sozialbeihilfen 1950-59

A. Anteil der Sozialbeihilfen an der Gesamtausgabe

Jahr	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
Prozentsatz	61	51	83	73	73	71	69	70	73	74

B. Von dem Prozentsatz unter A wurden verteilt durch

Jahr	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
Schulen	33	22	45	52	48	39	41	42	42	38
Turn- und Sportverbände	20	11	6	4	4	8	5	2	2	1
Jugendverbände	8	9	7	12	3	5	6	11	9	8
Arbeiter-Wohlfahrt	17	46	24	10	25	33	33	33	37	41
Verschiedene Verbände u.ä.	20	7	15	12	12	8	9	7	6	4
Direkte Einzelbeihilfen	2	5	3	10	8	7	6	5	4	8

National, liberal, sozial – in europäischem Geiste

Einige Gedanken zum zehnjährigen Bestehen des Grenzfriedensbundes

National

Als im Jahre 1950 der Grenzfriedensbund gegründet wurde und mit seiner Grundsatzerklärung an die Öffentlichkeit trat, war von unserem bundesrepublikanischen Westdeutschland erst ein Provisorium vorhanden, von dem niemand wissen konnte, wie es heute, nach einem Jahrzehnt, aussehen würde.

Der Schrecken des totalen Zusammenbruchs Hitlerdeutschlands und in seinem Gefolge der nackte Existenzkampf aller waren vor zehn Jahren noch zu nahe, als daß man in weiten Kreisen des deutschen Volkes mehr als ein Achselzucken erwarten konnte, wenn es um das Bekenntnis zu dieser in ihrem äußeren und inneren Gefüge so sehr erschütterten Nation ging.

Das trifft im besonderen für Schleswig zu, den schmalen Streifen Landes zwischen dem Scheidebach und der Eider, zwischen der Nordsee und der Ostsee, in dem mit der deutschen Mehrheit eine dänischgesinnte Minderheit lebte, die nach 1945 in einer Art von nationalem, sozialem und kulturellem Sendungsbewußtsein um die Deutschen hier im Lande warb, vor allem um diejenigen, denen in ihrer nationalen Haut aus guten Gründen nicht immer so sehr wohl gewesen war und denen darum ein Nationalitätswechsel durchaus als ein berechtigter Schritt zur Wahrung ihrer materiellen und geistigen Existenz erscheinen konnte: die traditionell sozialistisch gesinnte Arbeiterschaft.

Gerade an diesen Teil des deutschen Volkes wandte sich der Grenzfriedensbund: trotz allem und gerade jetzt einzustehen für die eigene Nation, zu arbeiten für ein anderes und besseres als das Deutschland, das in Not und Tränen gerade vergangen war. Es ging ihm um die Deutschen, auf die von dem vergangenen Glanz nur ein geringer Teil oder gar nichts gefallen war, die den ihnen gewordenen Anteil an den Gütern der Nation mit Hilfe ihrer Organisationen sich hatten ertrotzen müssen und dafür von dem kaiserlichen Repräsentanten des Reiches als „vaterlandslose Gesellen“ bezeichnet worden waren, die nach dem kurzen und tragischen Zwischenspiel der Weimarer Republik zum Volksfeind Nr. 1 und damit gänzlich verfermt und geächtet wurden.

Es gab ja immer auch schon jenes andere Deutschland: human gesinnt, freiheitlich, weltoffen, für das die besten Geister der Nation nie aufgehört hatten zu streben und in deren Tradition die deutsche Arbeiterschaft gestanden und gestritten und sich zu Deutschland gehörig gefühlt hatte. Für dieses Deutschland

einzutreten und zu wirken, das mußte auch jetzt noch und gerade jetzt sinnvoll sein! Hier galt es, eine geschichtliche Aufgabe wiederaufzunehmen und fortzuführen, die andere im Stich gelassen und durch ihr Tun verraten hatten.

Liberal

Trotz dieser Haltung waren und sind die Gründer des Grenzfriedensbundes alles andere als Nationalisten. Wie sollten sie es auch sein, da sie „von Haus aus“ – aus der politischen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung – allem nationalen Großmannstum skeptisch und feindlich gegenüberstanden, hier im Schleswigschen ganz besonders, mit der lebendigen Erinnerung an den Nationalitätenkampf etwa der Ära Koller und dem Eintreten der Sozialdemokratie für alle bedrängten Minderheiten innerhalb des Wilhelminischen Kaiserreiches.

Freiheit des nationalen Bekenntnisses, kulturelles Eigenleben der nationalen Minderheiten, Selbstbestimmung der Völker war hier politisches Erbe und das Eintreten dafür eine Selbstverständlichkeit.

Dies verband sie – in einer Zeit, da für uns Deutsche fast alle Brücken nach draußen abgebrochen waren – mit dem offiziellen – sprich: sozialdemokratisch regierten – Dänemark und ermöglichte es der damaligen, von Sozialdemokraten geführten Landesregierung, schon im Herbst 1949 dem Schleswig-Holsteinischen Landtag jenes dann fast einstimmig verabschiedete Dokument nationaler Toleranz vorzulegen, das als Kieler Erklärung in die Geschichte eingegangen ist. Als aus der Zeitlage heraus und in verständlicher Gefühlsaufwallung ein Teil der Deutschen in Südschleswig – im Gegensatz zu der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig – nicht gleich begriff, was hier an Zukunftweisendem geschehen war, und sich gegen die Anerkennung dessen sperrte, was seine Volksvertretung beschlossen hatte – mein Kopf begreift es wohl, mein Herz begreift es nicht –, war es der Grenzfriedensbund, der sich von vornherein ohne jeden Vorbehalt zu den Grundsätzen der Kieler Erklärung bekannte, sich für sie einsetzte und die Genugtuung hatte, daß 1955 mit den Erklärungen von Bonn und Kopenhagen auf „höherer Ebene“ das allgemein akzeptiert und anerkannt wurde, was 1949 vorausschauende Tat war – ähnlich wie 1923 das Abkommen Stauning–Wels.

Sozial

Die Nation ist keine einfache Summierung von einzelnen. Nirgends sind soziale Bindungen stärker spürbar und fallen mehr ins Gewicht. Der Satz: „Die Nation ist, was sie ißt“, ist aber eine unzulässige Vergrößerung dieses engen Zusammenhanges. Völlig unwahr ist er nicht. Fest steht, daß es trotz der formellen Gleichheit aller in der deutschen Nation durchaus eine soziale Ungleichheit gab und gibt, und zwar eine nicht geringe. Neben den Bevorzugten, die sich ohne weiteres als Repräsentanten der Nation betrachten, und neben ausgesprochenen

nationalen Hätschelkindern finden sich durchaus die zu kurz Gekommenen und schlecht Behandelten.

Dazu zählte sich in Deutschland jahrzehntelang die Arbeiterschaft. Das soll nicht heißen, daß dieser Teil des deutschen Volkes kein Nationalgefühl besaß, es war nur ein ganz anderes und äußerte sich ganz anders, als es offiziell erwünscht war. Für diesen Zustand mag man „dem Staat“ als dem sichtbarsten Ausdruck der Nation mit Recht soviel Schuld geben, wie man will, verantwortlich ist die Nation, sind die Menschen, die diesen Staat gewollt und gestaltet, gestützt und erhalten haben – verantwortlich sind wir alle, die wir dazugehörten und dazugehören. Und wir – als nationales Kollektiv – sind mehr als der Staat!

Alle Einsichtigen wissen, daß das Verhältnis des einzelnen zur Nation beim dänischen Volk ein engeres und unmittelbareres ist als bei uns, daß drüben, jenseits der rot-weißen Grenzpfähle, wahrscheinlich nie jemand so verlassen sein wird, wie er es bei uns sein kann. Irgendwo und irgendwie findet sich immer eine Möglichkeit, um demjenigen zu helfen, der in Bedrängnis geraten ist.

Es geht hier aber nicht allein um Einzelschicksale, es geht hier vor allem um das nationale Schicksal der Arbeiterschaft als Ganzes. Es geht um ihre lebendige Eingliederung in die Nation, um die Aufhebung ihres Daseins als „Hintersassen“ der Nation, wie es der Sozialist Otto Bauer einmal genannt hat. Das freilich ist ein gesamtdeutsches, für uns zunächst ein westdeutsches Problem, und man könnte sich mit dieser Feststellung zufriedengeben und die Verantwortung damit anderen überlassen. Wir sollten das nicht tun. So begrenzt unser schleswigisches Sonderschicksal auch sein mag, das nur eine Nuance anders ist als das allgemeine deutsche, wir sollten uns doch drum bemühen. Die Nuance ist hier das Bedeutungsvolle.

In europäischem Geiste

In seine Grundsatzerklärung nahm der Grenzfriedensbund den Satz auf, daß er seine Arbeit in europäischem Geiste leisten wolle. Das war 1950 ein Novum – und ein Wechsel auf die Zukunft. Wie ein künftiges Europa praktisch aussehen, in welchem Geiste es errichtet und gestaltet werden würde – wer konnte das vor zehn Jahren wissen?

Gemeint war mit diesem Satz sicherlich nicht mehr — aber auch nicht weniger — als eine Ablehnung aller nationalistischen und partikularistischen Enge und Einseitigkeit und die Einsicht in die Begrenztheit des eigenen Anliegens angesichts der umstürzenden Veränderungen unseres Kontinents und der Welt. Es war zu der Zeit, als Dr. Kurt Schumacher einem sich abzeichnenden Europa der sechs sein leidenschaftliches Nein als einem künftigen klerikalen und konservativen Kleineuropa entgegenstellte. Heute ist dies Kleineuropa durch die EWG im Werden, und angesichts der sich abzeichnenden weiteren Entwicklung

der europäischen Angelegenheiten ist in letzter Zeit die sehr ernste Frage aufgeworfen worden, worauf es denn nun mit uns hinausgehen wird: auf ein Vaterland Europa oder ein Europa der Vaterländer?

Welch eminent praktische Bedeutung das Wie eines zukünftigen Europas auch für unser Grenzland hat, beweist zur Genüge das gegenwärtige Ringen um das Verhältnis der EWG zur EFTA, die Sorge darum, ob die deutsch-dänische Grenze Brücke oder Graben werden wird.

Es lag vor zehn Jahren auch noch völlig in der Zukunft und wäre wahrscheinlich als reine Utopie zurückgewiesen worden, daß die gesamte jütische Halbinsel und damit auch unsere engste Heimat eine strategische Zentralstellung in einem möglichen Konflikt Ost-West einnehmen würden, eine Entwicklung, die den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten v. Hassel kürzlich veranlaßte, von der Festung Schleswig-Holstein zu sprechen.

Europa ist im Werden. Es birgt noch viele Möglichkeiten in sich. Probleme, die jahrzehntelang Freund und Feind erregten und voneinander schieden, verlieren zunehmend an Bedeutung. Neue und andere werden uns Sorgen machen. Die Konturen des Kommenden begingen sich abzuzeichnen. Wir sind zur Stellungnahme aufgefordert.

Ernst Beier

*

Vor vierzig Jahren

Nachdem am 10. Januar 1920 der Versailler Vertrag in Kraft getreten war, konnten die in ihm vorgesehenen Abstimmungen, die über das Schicksal Schlesiens entscheiden und die deutsch-dänische Grenze neu festlegen sollten, durchgeführt werden. In der Ersten Zone gaben am 10. Februar 1920 bei einer trotz Sturm und Schneeregen hohen Wahlbeteiligung von 90 Prozent 75 431 Nordschleswiger ihre Stimme Dänemark, während 25 329 für Deutschland stimmten. In 41 Gemeinden, darunter in den Städten Tondern, Hoyer, Sonderburg und Apenrade, wurde eine deutsche Mehrheit erreicht. Die Abstimmung in der Zweiten Zone am 14. März 1920 ergab eindeutig eine deutsche Mehrheit von 51 725 Stimmen gegenüber 12 800 Stimmen für Dänemark. In der Stadt Flensburg wurden 27 081 Stimmen für Deutschland, 8944 für Dänemark abgegeben.

Wer heute die Geschehnisse überblickt, wird vielleicht erstaunt sein, mit welchem nationalen Eifer, aber auch mit welcher Kraft der Abstimmungskampf geführt wurde. Man muß bedenken, daß Deutschland einen Krieg verloren und die Weimarer Republik sich noch nicht konsolidiert hatte, daß wirtschaftliche Sorgen aller Art und das Gespenst der Inflation die Existenz der Deutschen bedrohten. Die Verlockung, wirtschaftlicher Vorteile wegen dänisch zu stimmen, war

riesengroß. Dennoch kam ein Ergebnis zustande, das in etwa dem wahren Verhältnis zwischen Dänen und Deutschen entsprach. Eine gute Vergleichsmöglichkeit bieten nämlich die Wahlen zum Norddeutschen Reichstag am 12. Februar 1867, wo in dem Gebiet, das ungefähr dem 1920 abgetretenen Nordschleswig entspricht, 25 855 dänische und 7370 deutsche Stimmen abgegeben wurden. (1920: 75 431 gegen 25 329 Stimmen.)

1920 wurde hüben und drüben das Ergebnis der Abstimmung anders als heute beurteilt. Die dänischen Grenzvereine sahen die Grenze von 1920 nur als eine Zwischenstation auf dem Wege zu einem dänischen Schleswig an, und der deutsche Abstimmungskommissar Dr. Adolf Köster schrieb ein Jahr später: „Wenn das Deutschtum nördlich und südlich dieser Grenze von 1920, die keine Grenze ist, eine wirkliche Politik macht, eine Politik der Tatsachen, nämlich die Politik seiner selbst, die Politik der Sammlung und Erhaltung seines Deutschtums und seiner deutschen Kultur, dann ist die Zukunft des deutschen Schleswig für niemanden zweifelhaft, der die Geschichte nationaler Bewegungen kennt und für den Triumph des Rechtsgedankens in der ganzen Welt selber zu kämpfen bereit ist.“

Beide Seiten haben sich geirrt, wie die weitere geschichtliche Entwicklung gezeigt hat. Die Grenze von 1920 blieb selbst in den turbulenten Zeiten nach 1945 bestehen, und heute gibt es wohl kaum einen Politiker, der ernsthaft an eine Revision der Entscheidung von 1920 denkt.

Schlesw.-Holst. Volks-Zeitung

*

Riepen 1460–1960

Eine Feier der Landesregierung

Aus Anlaß der 500jährigen Wiederkehr des Tages des Vertrages von Ripen hatte die Landesregierung Schleswig-Holstein am 5. März 1960 zu einer Feier nach Kiel in das Stadttheater eingeladen. In dem festlich geschmückten Haus versammelten sich Frauen und Männer aus ganz Schleswig-Holstein, um eines Vertrages zu gedenken, der in besonderer Weise eine in der Geschichte fortwirkende Kraft gehabt hat. Im Mittelpunkt der musikalisch umrahmten Feier standen Ansprachen des Ministerpräsidenten Kai Uwe von Hassel und des Universitätsprofessors Dr. Alexander Scharff. Während der Ministerpräsident als Chef der Landesregierung auf dem Hintergrund des geschichtlichen Geschehens wesentliche Ausführungen über Schleswig-Holstein als einem Teil der Bundesrepublik und grundsätzliche Erklärungen zu der Minderheitenpolitik der Gegenwart machte, ging Prof. Scharff in seinem Vortrag auf die Einzelheiten und die Bedeutung des Ripener Vertrages

von 1460 ein. Er würdigte diesen Vertrag als die Grundlage der politischen Kraft unseres Landes auch in der Gegenwart. Die schöne Feier hinterließ bei allen Teilnehmern einen starken Eindruck und dürfte als ein besonders gelungener Versuch bezeichnet werden, daß man gerade dann, wenn man betont unpathetisch ist, zum Herzen spricht.

*

Amtmann Refslund Thomsen †

In Apenrade ist Mitte Januar der dort seit 1954 im Ruhestand lebende frühere Amtmann Kresten Refslund Thomsen im 76. Lebensjahre verstorben. Er war der Schwiegersohn des bekannten früheren Reichstagsabgeordneten und nach 1920 zeitweiligen dänischen Ministers H. P. Hansen. In der Umgebung dieses bedeutenden nordschleswigschen Dänenführers wirkend, ist Refslund Thomsen in das politische Leben hineingewachsen und zu einer für seine Heimat maßgeblich tätigen politischen Persönlichkeit geworden. Den Gedanken seines Schwiegervaters ist er zeitlebens treu geblieben. Er gehörte zu den Nordschleswigern, denen man nach 1920 den Posten des Amtmanns übertrug. Zunächst erhielt er das Amt Apenrade und später auch das Amt Sonderburg. Was er, der sich zwar gelegentlich als Nordschleswiger bezeichnete, aber wesentlich Däne sein wollte, in dieser Stellung zu erreichen trachtete, war das Aufgehen Nordschleswigs in Dänemark unter völliger Überwindung der Königsaugrenze. Das ist ihm gelungen.

Es ist selbstverständlich, daß zwischen Refslund Thomsen und den führenden Männern der deutschen Nordschleswiger Gegensätze bestehen mußten. Wenn ihm „Der Nordschleswiger“ jetzt nachrühmt, daß er ein ritterlicher Gegner gewesen sei und von dem ihm zur Verfügung stehenden Sammlungsmaterial aus dem Bereich des nordschleswigschen Deutschtums einen behutsamen Gebrauch gemacht habe, so spricht das ebenso für ihn wie seine eigene Erklärung, daß es nicht darauf ankomme, die deutsche Minderheit zu liquidieren, sondern einen Zustand zu schaffen, mit dem sich diese Minderheit abfinde und der sie vor Isolierung bewahre.

So haben denn die Deutschen in Nordschleswig in Refslund Thomsen den dänischgesonnenen Landsmann gesehen und ihm als einem der großen Söhne seiner Heimat gern attestiert, daß er seinem Vaterland treu gedient und Ehre eingebracht hat.

Flensburger Tageblatt

*

Dr. Nicolai Nielsen †

In den letzten Januartagen verstarb völlig unerwartet der Vorsitzende des

Grenzpolitischen Rates, Landgerichtspräsident Dr. Nicolai Nielsen. Anlässlich der Trauerfeier im Schwurgerichtssaal des Flensburger Landgerichts würdigte Landesdirektor a. D. Jens Nydahl im Namen der deutschen Grenzverbände die Tätigkeit des Verstorbenen:

Dr. Nielsen habe sich der Verpflichtung gegenüber seiner Heimat nicht entziehen wollen und sich dabei vielleicht zu viel abverlangt. Beratungen, Entschließungen und Verlautbarungen des Grenzpolitischen Rats habe er mit der ihm eigenen Korrektheit und Gradlinigkeit vorbereitet. Dabei habe er stets aus Gerechtigkeitssinn auch das Recht der dänischen Minderheit anerkannt, allerdings unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit. Der Vorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, Hans Schmidt-Oxbüll, nahm Abschied vom „Sohn unserer engsten Heimat“. Dr. Nielsen „half uns auch dann, wenn er uns nicht ganz verstand, und dafür danken wir heute“.

*

H. C. Hansen †

Mit H. C. Hansens Tod haben viele einen Verlust erlitten. Seine Familie und die internationale Sozialdemokratie, Dänemark verlor einen fähigen Staatsmann, Europa einen undogmatischen, toleranten Politiker. Seine Bedeutung in der europäischen Politik ging weit über das hinaus, was sein Volk als „Macht“ repräsentierte.

Seine abwägende Art bewährte sich auch in der Grenzpolitik. H. C. Hansen war gefeit gegen jede Art des Chauvinismus und des hochgespielten „Grenzkampfes“. Andererseits war er als Däne jenen Menschen verbunden, die sich südlich der Grenze mit dem Dänentum verbunden fühlen. In seiner Person und seiner Politik strebte er jene vernünftige Haltung an, die den Stolz auf das eigene Land mit der Achtung vor der Leistung des anderen verbindet. Er vereinigte in sich gesunden Patriotismus und internationales Denken. H. C. wußte genau, daß sich hinter dem „Europageschrei“ manchmal recht kleingeistige Gedankengänge verbergen. Seine sozialistische Überzeugung ließ ihn das, was Europa darstellt und darstellen könnte, vorurteilsfrei sehen.

Flensburger Presse

*

Das Grenzland und der Europamarkt

Jeder Tag bringt neue Nachrichten und Stellungnahmen zur EWG und EFTA. Auch bei uns im Grenzland ist die zunächst starke Zurückhaltung einem lebhaften Interesse an der Entwicklung der beiden europäischen Wirtschaftsblöcke gewichen und vor allem von der Sorge um eine ungünstige Entwicklung des

Verhältnisses von EWG und EFTA bestimmt. Weitgehende Einmütigkeit besteht darüber, daß nur ein Zusammenwachsen beider jetzt sich entwickelnden Europamärkte für den Raum nördlich und südlich der Grenze wirtschaftlich und politisch wünschenswert sein kann.

Der Warenstrom im Europamarkt

In einem Rundgespräch der Europäischen Jugend in Flensburg, in dessen Mittelpunkt die Frage stand, „ob Europa unsere Wirtschaft zerstört“, wurden von Dr. Imle, dem Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Flensburg, über den Warenverkehr in die EWG und in die kleine Freihandelszone folgende Zahlen genannt:

Von der Ausfuhr Schleswig-Holsteins, die im letzten Jahre 835 Millionen Mark ausmachte, gingen Waren für 131 Millionen in die fünf außerdeutschen EWG-Länder (16 v. H.) und im Wert von 370 Millionen (45,7 v. H.) in die Länder der Kleinen Freihandelszone, der sogenannten „Sieben“. Für den Bezirk der Industrie- und Handelskammer Flensburg betrug die Spanne sogar 12 bzw. 50 v. H. Unter Bezug auf diese Zahlen erklärte er, daß die Teilung Europas in zwei Wirtschaftsblöcke für unser Land erhebliche Nachteile bringe und befürwortete den großen Zusammenschluß auf der Grundlage der OEEC einschließlich der dritten, noch außerhalb der beiden Blöcke stehenden Länder wie Griechenland, Spanien und die Türkei.

EWG und EFTA nicht gegeneinander

Außenwirtschaftlich hat das vergangene Jahr die Wirtschaft unseres Landes durch die überraschend schnelle Konstituierung der EFTA vor völlig neue Überlegungen gestellt. Das Land steht jetzt vor der Aufgabe, die Handelsströme der EWG und der EFTA miteinander und nicht gegeneinander in Fluß zu bringen. Sollte das gelingen, würden sich auf lange Sicht die durch die periphere Lage hervorgerufenen Standortnachteile in Standortvorteile verwandeln.

Da die Länder der EFTA traditionelle Abnehmer schleswig-holsteinischer Industrieerzeugnisse sind, ist das Land an einem sinnvollen Verhältnis zwischen beiden Handelszonen besonders interessiert. Von der Landes- und der Bundesregierung erwartet die industrielle Wirtschaft Schleswig-Holsteins daher, daß die wirtschafts-politischen Zielsetzungen vordringlich auf eine baldige Abstimmung zwischen beiden Wirtschaftszonen mit dem Ziel einer gemeinsamen Freihandelszone gerichtet werden. Die Kammer äußert die Hoffnung, daß die bisherige erfolgreiche Aufbaupolitik in Schleswig-Holstein auch aus europäischer Sicht heraus eine positive Beurteilung und Begünstigung im Interesse eines gesunden europäischen Gesamtaufbaus finden wird.

Industrie- und Handelskammer Kiel

Die Randlage Schleswig-Holsteins

In mehreren Besprechungen Ende Februar hat der schleswig-holsteinische Ministerpräsident v. Hassel bei der EWG und Euratom in Brüssel die besondere Situation des Landes, die sich aus der Randlage an der Grenze der Bundesrepublik und zwischen den beiden Blöcken der EWG und Kleinen Freihandelszone ergibt, vorgetragen. Hierbei spielte die Frage der regionalen Wirtschaftsförderung eine besondere Rolle, v. Hassel betonte nach seiner Rückkehr, es habe uneingeschränkte Übereinstimmung darüber bestanden, daß das regionale Förderungsprinzip beibehalten werden muß, um die „Ränder“ wirtschaftlich gesund zu erhalten. Damit ist zugleich eine Auflockerung der Ballungsräume verbunden.

Die Gespräche sollen in Kiel fortgesetzt werden. Ministerpräsident v. Hassel hat den Präsidenten der EWG, von Hallstein, nach Kiel eingeladen. Er wird voraussichtlich im Mai oder Juni in die Landeshauptstadt kommen.

Auch die USA spricht mit

Die deutsch-dänische Grenze trennt künftig nicht nur zwei Länder, sondern sie wird bis auf weiteres auch den westeuropäischen Wirtschaftsraum unterteilen.

Für unsere heimische Wirtschaft dürfte die neue Grenze einige Nachteile bringen, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1959 aus Schleswig-Holstein Waren im Werte von nur 130 Millionen (16 v. H.) in die fünf übrigen EWG-Länder gingen, die Länder der Kleinen Freihandelszone aber Waren für 370 Millionen (44 v. H.) abnahmen.

Als Folge des freien Handels, den die sieben EFTA-Länder nach und nach verwirklichen wollen, öffnet sich der dänische Markt jetzt bevorzugt englischen und schwedischen Gütern zu günstigen Zöllen.

Offen bleibt nach wie vor die wichtige Frage, ob es in naher Zukunft zu einer echten Zusammenarbeit zwischen EWG und Kleiner Freihandelszone kommt.

Entspricht ein derartiger Brückenschlag, auf den viele hoffen, heute überhaupt den Gegebenheiten? Eine ganz Westeuropa umfassende Freihandelszone dürfte vor allem deshalb nicht zu realisieren sein, weil die Vereinigten Staaten ihre Zustimmung versagen. Wohl sind die Amerikaner bereit, wirtschaftliche Nachteile auf dem EWG-Markt zu dulden, da sie zugleich den politischen Kern der EWG sehen. Aber die USA werden nie und nimmer die Nachteile einer großen europäischen Freihandelszone in Kauf nehmen, zumal sie sich von einer Freihandelszone im Gegensatz zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft keine politische Einheit versprechen.

Flensburger Tageblatt

Industrie-Expansion herüber — hinüber

Gewisse dänische Unternehmungen wollen ein Bein in der EWG haben. Ihre guten Abnehmer oder ein erheblicher Teil von ihnen sitzen im EWG-Raum. Falls der Graben zwischen EFTA und EWG ausgehoben wird, kann ihnen nichts passieren. Sie sind zweifach gesichert.

Wenn man bei uns diese Situation mit den Augen der sachlichen wirtschaftlichen Vernunft prüft, dann kann man diese Entwicklung nur begrüßen. Flensburg, bisher der äußerste Zipfel des Blinddarmfortsatzes der Hamburger Lombardsbrücke (wirtschaftlich gesehen!) wird zur Drehscheibe der Wirtschafts Springer. Jene, die sich im „anderen Teil“ Europas bessere Chancen versprechen, kommen zu uns. Das bedeutet: mehr Arbeit und (hoffentlich) mehr Verdienst. Das heißt: Steigerung des Lebensstandarts und Steigerung der Einkünfte. Na, wer wäre nicht dafür? —

Den es besteht durchaus die Möglichkeit, daß auch aus dem EWG-Raum eine „Industrie-Expansion“ in die EFTA zielt. So vielleicht durch die Autoindustrie. Vielleicht sogar in Nordschleswig.

Es ist nämlich zu erwarten, daß, wenn er schon kommt, dieser Vorstoß ungleich massiver einsetzen wird als der dänische nach Süden. Der, so angenehmen wirtschaftlichen Auftrieb er uns bringt, sich durchaus in den Formen des Biedermeier bewegt. Bei dem „Vorstoß über die nördliche Grenze“ werden andere Kapitalmengen investiert werden.

Europamarkt für Großhandel richtungweisend

Auf der Jahreshauptversammlung der Wirtschaftsvereinigung Groß- und Außenhandel Schleswig-Holstein e. V., Bezirksvereinigung Flensburg, wies der Präsident der Industrie- und Handelskammer Flensburg, Otto Weide, darauf hin, daß die neuen europäischen Märkte richtungbestimmend für den Groß- und Außenhandel seien. Um den Anforderungen der Zeit Rechnung zu tragen, werde eine umfassende Rationalisierung in den Lagerhäusern und Büros des Großhandels vorgenommen werden müssen.

EWG erfordert keine Betriebsumstellung der Landwirtschaft

„Die schleswig-holsteinische Landwirtschaft ordnet sich mit ihrer Veredelungswirtschaft auch in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gut ein, so daß keine Notwendigkeit besteht, im Hinblick auf den großen wirtschaftlichen Zusammenschluß die landwirtschaftlichen Betriebe umzustellen.“ Diese Meinung vertrat der Direktor der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Dr. Gloy, auf dem Eiderstedter Kreisbauern tag in Garding.

Das Handwerk ist weniger betroffen

An dem Rundgespräch der Europajugend nahm auch der Hauptgeschäftsführer

Dr. Haase von der Handelskammer Flensburg teil. Er sagte, das Handwerk habe ja einen mehr oder weniger überschaubaren regionalen Markt zu versorgen, so daß es wahrscheinlich von den durch die Zusammenschlüsse hervorgerufenen strukturellen Veränderungen weniger betroffen werde. Als Zubringer für die Industrie spiele es jedoch eine Rolle. Im übrigen müsse dafür gesorgt werden, daß der große Befähigungsnachweis der Meisterprüfung als Voraussetzung für die Betriebsgründung erhalten bleibe, wenn bei einer Vereinheitlichung des Arbeitsmarktes jedermann in jedem EWG-Land ungehindert tätig werden könne.

*

Das Mühen um die Vergangenheit

Das Freilichtmuseum kommt nach Kiel

Nach Überwindung großer Schwierigkeiten hat der Vorstand des Vereins Schleswig-Holsteinisches Freilichtmuseum Anfang Februar endgültig beschlossen, das geplante Freilichtmuseum, um das sich neben Kiel auch Rendsburg und Schleswig bewarben, auf dem von der Stadt Kiel angebotenen Gelände zu errichten.

Prof. Dr. Kamphausen berichtete über die Gründe für die Wahl Kiels. Der Beirat habe sich gegen das Schleswiger Gelände entschieden, weil es ihm hinsichtlich der Flächengröße, der Bodengestaltung und des Baugrundes als ungeeignet erschienen sei. Auch hätte seiner Meinung nach eine weitere Häufung von Museen zu einer „Überforderung der Besucher“ führen können, zumal diese hauptsächlich von den Schulen gestellt würden. Weiterhin habe der Beirat dann Rendsburg und Kiel als gleichwertig anerkannt, sich aber schließlich für Kiel entschieden, weil dort eine besonders ausdehnungsfähige, geologisch, verkehrs- und geländemäßig ausnehmend günstige Fläche angeboten wurde.

Vor neuen Ausgrabungen bei Haithabu

Die im vorigen Jahr von der Deutschen Forschungsgesellschaft unter der Leitung von Professor Jankuhn wieder aufgenommenen Grabungen am Ringwall der alten Wikingersiedlung Haithabu bei Schleswig sollen in diesem Jahr fortgesetzt werden. Man will in diesem Sommer die Ausgrabungen auf die angrenzenden Nachbarkoppeln ausdehnen. Dort werden über eintausend Grabstellen vermutet. Bei den Grabungen im Sommer vorigen Jahres haben neue Funde auf einem bereits 1957 entdeckten Gräberfeld Erkenntnisse vermittelt, die Entscheidendes über die Bevölkerungszusammensetzung Haithabus aussagten und die das bisherige Bild wesentlich erweiterten.

Die Grabungen im Jahre 1957 hatten über vierzig Gräber freigelegt, die sich in

unmittelbarer Nähe des alten Bootskammergrabes befanden, das Professor Knorr 1908 ausgegraben hatte. Die außerhalb des Ringwalles am Südtor von der Haithabu-Siedlung gemachten Grabfunde brachten die Erkenntnis, daß der alte Handelsplatz Haithabu schon um 800 bis 900 nach Christi zwei verschiedene Volksgruppen beherbergte.

Am Dannewerk

darf nicht mehr gebaut werden

Der im Jahre 1953 zum Schutze des frühmittelalterlichen Grenzwalles zwischen Schleswig und Hollingstedt gegründete „Dannewerk-Ausschuß“ beschloß, in Zukunft keine Ausnahmegenehmigungen mehr für Gebäude- oder Straßenbauten im Bereich des Landschaftsschutzgebietes des Walles zuzulassen. Der Ausschuß hat ein Bebauungsgelände von fünf Hektar aus dem Bereich des Landschaftsschutzgebietes am Dannewerk herausgenommen und die Bebauungsgrenze auf 130 Meter von dem Grenzwall entfernt festgelegt.

*

Die ersten Bestrebungen zum Schutze des Dannewerkes begannen im Anfang des 18. Jahrhunderts. 1851 wurde das Dannewerk zum erstenmal vollständig unter Schutz gestellt. Heute sind nur noch 22 Prozent der ursprünglichen Größe des historischen Schutzwalles aus dem frühen Mittelalter erhalten. Der Schutzwall zieht sich in einer Länge von etwa elf Kilometern vom Haddebyer Noor von Osten nach Westen.

Von dänischen und deutschen Wissenschaftlern wird das Dannewerk als das einzige natürliche Bodendenkmal dieser Größe aus dem Frühmittelalter angesehen, das in seiner ursprünglichen Form noch gut erhalten ist.

Ehrenhain am Haddebyer Noor

Das schleswig-holsteinische Innenministerium hat die Gestaltung eines neuen Ehrenhaines für Kriegsgräber auf dem zwei Hektar großen Karberg bei Fahrdorf am historischen Haddebyer Noor ausgeschrieben. In dem Hain sollen im Frühjahr dieses Jahres etwa 1500 deutsche und ausländische gefallene und verstorbene Soldaten aus dem zweiten Weltkrieg bestattet werden, die heute noch verstreut im Landesteil Schleswig begraben sind.

Zur frühgeschichtlichen Besiedlung Nordfrieslands

Auf der diesjährigen Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Landes- und Volkstumsforschung in Nordfriesland Mitte Februar in Niebüll war von besonderem Interesse der Vortrag von Dr. Bantelmann, Schleswig, über Probleme der frühgeschichtlichen Besiedlung und Landschaftsgestaltung Nordfrieslands.

Danach stammen die ältesten Spuren einer Besiedlung der Marsch aus dem

ersten Jahrhundert nach Christi, und zwar wurden diese Spuren in Eiderstedt gefunden. Das Herkommen dieser Marschsiedler ist nicht einwandfrei bewiesen. Anzunehmen ist auf Grund von Funden, daß die Siedler nicht von weither kamen, möglicherweise von der Geest. Die Siedler ließen sich auf erhöhten Stellen an Prielen nieder, benutzten diese als Transportwege und lebten von Viehzucht und Ackerbau. Sie hatten ihre Anwesen nicht eingedeicht, bebauten nur das Land um das Gehöft herum und dehnten sich auch nicht aus, bildeten gewissermaßen eine Oase inmitten unwirtlichen Landes. Nach dem fünften Jahrhundert, mit dem Eintreten der Völkerwanderung, fehlen weitere Spuren einer Marschbesiedlung, und sie finden sich erst wieder in späteren Jahrhunderten. Auch woher diese zweiten Siedler kamen, ist nur zu vermuten, und es gibt mehrere Hypothesen.

*

Aus Nordschleswig

Dänemark genehmigte Knivsberg-Sammlung

Das dänische Justizministerium hat eine Geldsammlung genehmigt, deren Ertrag für den Bau eines deutschen Gefallenen-Ehrenmals auf dem Knivsberg bestimmt ist.

Auf dem Knivsberg, der historischen Versammlungsstätte der deutschen Nordschleswiger zwischen Hadersleben und Apenrade, soll an Stelle des 1945 von unbekannt gebliebenen Tätern gesprengten Bismarck-Turms ein Ehrenhain angelegt werden. Die Pläne dafür liegen seit langem vor. Sie konnten bisher nicht ausgeführt werden, weil das Einverständnis der dänischen Regierung fehlte. Im zweiten Weltkrieg sind 630 Angehörige der deutschen Volksgruppe gefallen oder als vermißt gemeldet worden.

Verstärkte Arbeit der PH Flensburg-Mürwik für Nordschleswig

Anlässlich des Jahrestreffens des Deutschen Lehrervereins für Nordschleswig in der Pädagogischen Hochschule Flensburg-Mürwik wurde beschlossen, die Zusammenarbeit zwischen der PH und den Lehrkräften der Schulen der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig noch zu verstärken. Als Vorsitzender des Lehrervereins wies Rektor Klindt, Tondern, darauf hin, daß die PH den Wiederaufbau des Schulwesens der deutschen Minderheit nach 1946 entscheidend beeinflußt habe.

Deutsches Fernsehen in Dänemark beliebt

Das deutsche Fernseh-Programm ist in Dänemark beliebt. Diesen Schluß hat der Grenzland-Berater des dänischen Folketings, Björn Hanssen, Apenrade, daraus

gezogen, daß 56 Prozent aller Fernsehteilnehmer in Nordschleswig nach eigenen Angaben regelmäßig das über den Sender Flensburg ausgestrahlte deutsche Programm sehen. Björn Hanssen sieht darin keine „nationale Gefahr“. Er meint jedoch, daß nicht nur „sprachlich, sondern auch in manch anderer Beziehung“ eine gewisse Wirkung nicht ausbleibe, gerade weil die deutschen Sendungen vielseitiger, gehaltvoller, belehrender und unterrichtender seien.

Dänisch-deutsche Veranstaltung in Apenrade

Die Magistrate der vier nordschleswigschen Städte Apenrade, Sonderburg, Hadersleben und Tondern haben beschlossen, in der ersten Oktoberhälfte des Jahres 1960 eine deutsch-dänische Veranstaltung durchzuführen. Diese Veranstaltung ist das Gegenstück zu den „Flensburger Tagen“, die 1954, 1955 und 1958 in Flensburg stattfanden. Auch in Apenrade werden dänische und deutsche gelehrte Politiker und Wissenschaftler über wichtige Fragen der Gegenwart in beiden Ländern sprechen. Es wird erwartet, daß sich sowohl die Bevölkerung Nordschleswigs als auch Gäste aus Dänemark und Schleswig-Holstein in großer Zahl einfinden werden.

*

Um die Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld

Am 12. März war in Husum im Handwerkervereinshaus ein Treffen ehemaliger Kursisten der früheren Arbeiter-Volkshochschule Harrisleefeld. Hierzu hatte der Grenzfriedensbund eingeladen. Landesdirektor a. D. Jens Nydahl als Vorsitzender legte auf diesem Treffen dar, aus welchen Gründen gerade der Grenzfriedensbund eine Wiederbelebung der Arbeiter-Volkshochschule für notwendig hält.

Diese Schule in Harrisleefeld hat in den Jahren von 1928 bis 1933 bestanden. In ihr haben über 700 junge Menschen – Frauen und Männer – in halbjährlichen Lehrgängen wertvolles Rüstzeug für ihren späteren Lebensweg erhalten.

Nach einer Darlegung der Ziele, die der Grenzfriedensbund verfolgt, sagte Jens Nydahl vor den zahlreichen ehemaligen Kursisten, die namentlich aus dem Lande Schleswig-Holstein der Einladung gefolgt waren, und bei Darstellung von Ergebnissen, die gerade die Arbeiter-Volkshochschulen in Dänemark zu verzeichnen haben, daß die liberale und soziale Auffassung des Grenzfriedensbundes diesem ein Anrecht darauf gebe, die Frage eines evtl. Wiederauflebens einer Arbeiter-Volkshochschule anzusprechen. Jens Nydahl wies darauf hin, daß gerade jenseits der Grenze im Norden diese Volkshochschulen der Jugend ein geistiges Rüstzeug vermitteln, das dringend notwendig sei für eine europäische Einstellung zur Zusammenarbeit.

Oberregierungsrat Axel Henningsen, Kiel, der seit nunmehr vierzig Jahren mitten in der Arbeit für Heimvolkshochschulen im Lande Schleswig-Holstein steht und auf dessen Initiative seinerzeit die Gründung der ersten HVHS in Rendsburg erfolgte, stellte noch einmal anschaulich dar, welche Entwicklung die HVHS im Laufe der Jahrzehnte im Lande genommen hat. Bei der Skizzierung der Systeme der Schulen stellte er heraus: die sogenannte Intimitätssphäre auf den heute bestehenden Heimvolkshochschulen, in der vor allem die Dinge „von alters her“, von der traditionsgebundenen und vor allem bürgerlichen Seite gepflegt würden. Es sei daher seinerzeit begrüßt worden, daß man sich auf der damaligen Arbeiter-Volkshochschule in Harsleefeld besonders der sozialen Sphäre, dem Verstand und dem Intellekt zugewandt habe und hier besonders Fächer wie Staatslehre, Politik, Wirtschaftspolitik, Arbeitsrecht usw. behandeln ließ.

Axel Henningsen schilderte dann den nachdenklich stimmenden Vorgang, der zur „Abwürgung der Schule auf kaltem Wege“ führte, und meinte abschließend, daß der Grenzfriedensbund einen guten Weg beschritten habe, wenn er sondiere, ob stimmungsmäßig die Bereitschaft vorhanden sei, „so etwas wie eine Arbeiter-Volkshochschule“ wieder auf die Beine zu stellen.

In sehr lebhaften Diskussionen, die von Landtagsabg. Walter Lurgenstein geleitet wurden, wurde grundsätzlich die Initiative des Grenzfriedensbundes begrüßt. Bejaht wurde auch die dringende Notwendigkeit der Einrichtung einer Institution für staatsbürgerliche Bildung, in der nach Stoff, Arbeitsweise und Aufgabenstellung wie in der früheren Arbeiter-Volkshochschule gearbeitet werden müsse. Man erinnerte in diesem Zusammenhang an die Einweihung der damaligen Schule durch den Reichskanzler Hermann Müller und daran, daß bis 1933 unter der Jugend des ganzen Reiches die Harsleefelder Schule über einen ausgezeichneten Ruf verfügte.

Entsprechend einer Empfehlung des Schleswig – holsteinischen Beauftragten für staatsbürgerliche Bildung, Dr. Hessenauer, wurde ein vorläufiges Kuratorium gebildet, dem u. a. die frühere Vorsitzende, Stadtschulrätin a. D. Toni Jensen, Kiel, sowie die Landtagsabgeordneten Eugen Lechner, Neumünster, Walter Lurgenstein, Husum, und Hermann Schwieger, Marne, angehören.

Die Teilnehmer an diesem Treffen waren sich ferner darin einig, daß auch von der Seite der „Ehemaligen“ etwas getan werden müsse, um dem Grenzfriedensbund bei der von ihm gestellten Aufgabe Hilfestellung zu geben. Beschlossen wurde daher die Bildung eines Arbeitsausschusses zur Vorbereitung der Gründung eines Vereins ehemaliger Harsleefelder. Angeregt wurde außerdem die Schaffung einer Chronik, um in Zusammenarbeit alle Vorgänge festzuhalten, die bei der Entwicklung der Schule und bei ihrer Auflösung eine wichtige Rolle gespielt haben.

Der Jahresbericht der Volkshochschule Snoghoi

Der zweite Jahresbericht der Volkshochschule in Snoghoi ist in Verbindung mit „Landesforeningen Grænsen“ herausgegeben, daher zeichnen als Herausgeber Paul Engberg und Bent A. Koch. Der Bericht bezeichnet sich als Nr. 4 in der Reihe der grenzpolitisch orientierten Veröffentlichungen des „Landsforening“, und beansprucht daher unser Interesse.

Wir bemerken zunächst, daß das Besucherverzeichnis der Snoghoier Volkshochschule nur eine Schülerin aus Südschleswig und nur zwei aus Nordschleswig aufweist. Von den weiteren Schülern und Schülerinnen sind acht von den Færøern, acht aus Schweden und Norwegen, fünf aus Island und je eine aus Japan, USA, Polen, Westdeutschland und Jugoslawien. Die Gesamtbesucherzahl war zweiundsiebzig.

Das Heft bringt Aufsätze über Werner von Heidenstam (der Dichter, der aus „Heide stammt“), von Tage Guth, über Lebensanschauungen in Westeuropa von Ernst Rendtorff, über die norwegische Volkshochschule heute von Åsmund Arne und die in Jahresberichten einer Volkshochschule üblichen Angaben, die nett abgebildet sind.

Unser Interesse hat in besonderem Maße ein weiterer Aufsatz von Margrethe Christiansen über die Probleme in Deutschland nach dem Kriege. Der Aufsatz vermeidet die überhebliche Art, die so oft in Aufsätzen aus dänischer Feder vorherrscht, wenn man sich mit der Lage des deutschen Menschen beschäftigt. Die Verfasserin hebt nirgends den moralischen Zeigefinger und versucht nirgends auf dem Hintergrund der bösen Deutschen durchklingen zu lassen, daß die Dänen im allgemeinen doch die besseren Menschen sind.

An dem Bilde einer Reihe von Personen aus dem letzten Buch von Ina Seidel, „Michaela“, die ihre Erlebnisse aus den Jahren von 1925 bis heute schildern; und aus vielen Gesprächen, die anscheinend von der Verfasserin mit Lehrern, Professoren, Vertriebenen, Geistlichen und Arbeitern geführt worden sind, stellt sie die Problematik des deutschen Menschen der Nachkriegszeit, wie sie dieselbe sieht, heraus. Sie spricht von der neuen Arbeitswelt, von der überkommenen Geschichtsauffassung, von der Abneigung des Normaldeutschen gegen die Beteiligung an politischen Dingen im Staat und in den Gemeinden, von der Judenfrage, von der Weltfremdheit des wissenschaftlichen Menschen und kommt dabei zu der Erkenntnis, daß die Dinge sich in der Klärung befinden und daß man auf dem Wege ist, endlich zur wirklichen Erkenntnis der Vergangenheit zu kommen. Die Verfasserin sieht ferner die Spannung, die zwischen der gewaltigen

Industriewelt, der Technik, der sich daraus entwickelnden Mentalität und dem schwierigen Weg zu einer Demokratie besteht. Endlich sieht die Verfasserin sehr klar das Verlangen des Deutschen nach Sicherheit und Geborgenheit in Heim und Familie, erkennt auch das Unruhemoment der Teilung Deutschlands und meint, daß das Streben nach Gemeinschaft und Erkenntnis der wirklichen Lage in Deutschland sich ausdrückt in dem Suchen, das die Ursache der vielen Aussprachekreise, der Kurse, der Volkshochschulen, der kirchlichen Arbeit u. a. ist. Sie faßt zusammen: Es sind ungeheure Forderungen, die heute an den Menschen in Westdeutschland gestellt werden. Nach innen muß Gemeinschaft geschaffen werden, nach außen Verständnis für das Zusammenspiel der Menschen in der Welt. – Gleichzeitig mit dem Wettrennen der Technik müssen westdemokratische Gesichtspunkte und Lebensformen erworben werden. – In einer säkularisierten Zeit muß ein Mittelpunkt im Dasein gewonnen und erhalten werden. – *Aber die erste und notwendigste Aufgabe ist es, die Reife und die Erkenntnis zu gewinnen, die man nur erreicht, wenn man es fertigbringt, der Vergangenheit ins Auge zu sehen.*

Hgs.